



Attersee Report

Die Tyrannei der Werte

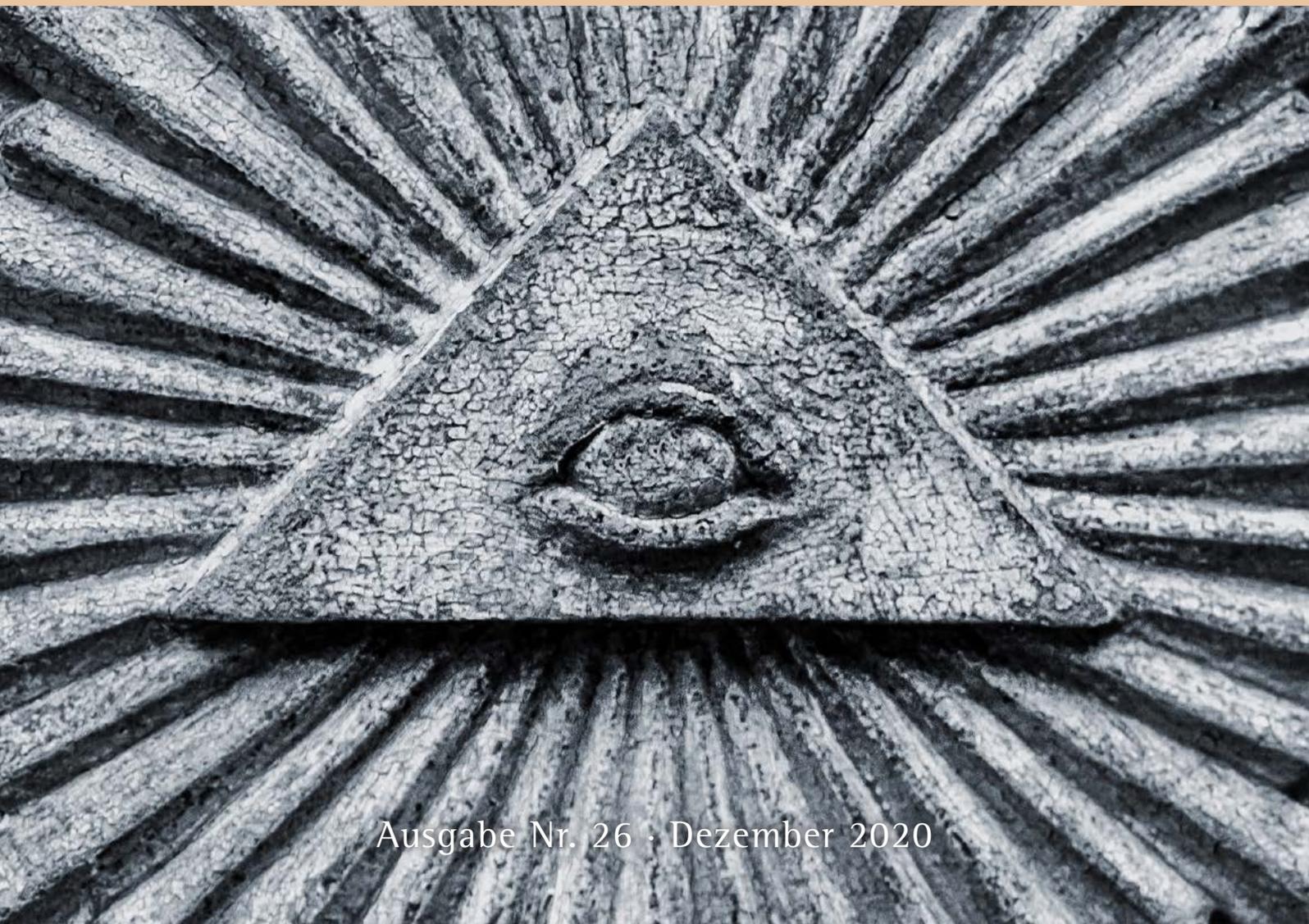
Wolfram Schrems · Werte – Entscheidungen – Überzeugungen

Laila Mirzo · Quo vadis, ratio?

Kai-Uwe Hülss · Die US-Präsidenten- und Kongresswahlen 2020

Norbert Nemeth · Don Karlos – wider die Despotie der Aufklärung

Eike Dohr · Andreas Eschbach: NSA



Ausgabe Nr. 26 · Dezember 2020



*Immer sind es die Werte,
die den Kampf schüren
und die Feindschaft wachhalten.*

Carl Schmitt

Coverbild:
Illuminatensymbol, Architekturdetail

Abbildung auf dieser Seite:
Gassed; John Singer, 1919,
Imperial War Museum

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren!



Der vor Ihnen liegende Report zeigt ein auf einer Pyramide wachendes Auge – ein Symbol, das da und dort Assoziationen zu der einen oder anderen Verschwörungstheorie auszulösen vermag. Tatsächlich wird in dieser Ausgabe (auch) die Rolle des historischen Illuminatenordens beleuchtet, allerdings fernab jeglicher verschwörungstheoretischen Verbrämung, sondern ausschließlich im historisch verifizierten Rahmen, den uns kein Geringerer als Friedrich Schiller in seinem *Don Karlos* absteckte. Das festzuhalten ist wichtig, zumal im Malstrom der veröffentlichten Meinung jeder abweichende Gedanke reflexartig als Verschwörungstheorie denunziert wird. Eine Strategie, von der sich weder unsere Autoren noch unsere Leser beeindrucken lassen!

Vor diesem Hintergrund muss an unser Treffen von Ende September dieses Jahres erinnert werden, das in Attersee stattfand und sich eines ausgezeichneten Zulaufes erfreute – trotz allen Corona-Restriktionen, die jedes Vereinsleben derzeit auf eine harte Probe stellen. Thema war ein Begriff von zentraler politischer Bedeutung, nämlich jener der Gleichheit. Für all diejenigen, die nicht dabei sein konnten, wird es Anfang 2021 eine Sondernummer geben, in der die wichtigsten Referate zusammengefasst wiedergegeben werden. Von besonderem Interesse sind bei diesen Treffen für mich stets die Wortmeldungen unserer Zuhörerschaft. Diese drehten sich diesmal um die Frage, wie die Ge-



sellschaft nach Corona aussehen wird, wie die vielzitierte *Neue Normalität* aussehen wird. Einigkeit herrschte dabei, dass es nie wieder so sein wird, wie es früher einmal gewesen war. Viele gehen davon aus, dass eine *Post-Corona-Oligarchie* weltweit den Ton angeben wird, und all jene, die nicht Teil dieser Oligarchie sind, sich in einer quasi-planwirtschaftlichen Realität wiederfinden werden.

Die Tyrannei der Werte knüpft an das Thema der Gleichheit somit nahtlos an. Worum geht es? Darum, dass ein jeder Mensch unter identen materiellen Bedingungen zu leben (mache meinen zu vegetieren) hat? Gewiss nicht. Wir verstehen unter Gleichheit nicht eine faktische, sondern die rechtliche Gleichheit. Nicht die frühkommunistische Utopie, nicht der jakobinische Terror sollen es sein, sondern der bürgerliche Rechtsstaat – der derzeit um sein Überleben kämpft! Nicht bedroht von einer bewaffneten Armee, sondern von einem selbsternannten Moralbonzement, das es dem Bürger von Tag zu Tag schwerer macht, seine Erkenntnis an seine eigene Überzeugung zu knüpfen. Gerade darin liegt aber das Wesen und der Wert des Einzelnen und somit unserer abendländischen Gesellschaft. Der Stachel in ihrem Fleisch ist aus ihr selbst erwachsen: *Die Jakobiner haben erklärt, dass die Tugend an der Tagesordnung sei* – inwiefern dieser Satz aus Büchners *Dantons Tod* heute zutrifft, möge der geneigte Leser selbst beurteilen.



Herzlichst Ihr
ParlRat Mag. Norbert Nemeth
Herausgeber

Inhalt



Generalthema:

Von Tyranneien und Gummibäumen	6
Werte – Entscheidungen – Überzeugungen	8
Paradoxien der Menschenrechte	12
Bildersturm	19
Das noble Experiment	28
Das Virus der Unfreiheit	33



Österreich:

Quo vadis, ratio?	34
Gewaltenteilung in Gefahr?	39



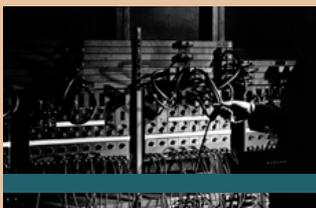
International:

Die US-Präsidenten- und Kongresswahlen 2020	40
Trumps letzter Triumph	45



Feuilleton:

Don Karlos – wider die Despotie der Aufklärung	46
Ich kann nicht Fürstendiener sein!	53



Besprechungen:

Andreas Eschbach: NSA	54
Jean Raspail: Das Heerlager der Heiligen	59
Adharas Stimme	62
Impressum	63

Editorial

Werte Leser!



Wir leben in atemberaubenden Zeiten. Zwar sind wir seit vielen Jahren gewohnt, dass politik- und gesellschaftskritische Äußerungen, wenn sie nicht der gewünschten Stoßrichtung entsprechen, öffentlich geächtet werden – die beliebten Schandmale („Neoliberaler“, „Erzkonservativer“, „Nationalist“ etc.) sind dem geneigten Leser sicher aus eigenem Erleben bekannt. Auch, dass einem früher oder später gewisse Superlative entgegen gespielt werden („Sozialdarwinist“, „Faschist“, „Nazi“), bewirkt da oft nur mehr stoisches Achselzucken. Was aber neu ist, ist die Aggressivität, mit der man den Kritiker heute auch aus vermeintlich bürgerlichen Milieus als verantwortungslosen Gefährder, als Bedrohung für Leib und Leben der Mitmenschen darstellt. Es genügt schon, auf einigen Grund- und Freiheitsrechten zu bestehen und sich dem Tanz um die goldene Pestnase zu verweigern – und man ist schneller Weg vom Fenster, als man „COVID-19-Notmaßnahmenverordnung“ buchstabieren kann.

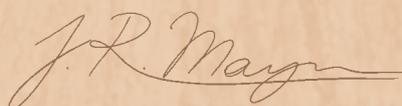
Das Ganze wäre halb so schlimm, wenn es keine langfristigen Auswirkungen hätte, nicht zuletzt auf das Verhältnis zwischen Bürgern und Medien. Da fällt es noch nicht einmal ins Gewicht, wie die derzeitige Bundesregierung mit immer obszöneren Mengen an Steuergeld die ohnedies allzu willfährige Presse mittels Inserateninjektionen niederspritzt. Der Infokrieg läuft längst auch auf den großen Onlineplattformen ab: Begann das Internet einst als freier Kommunikationsraum, so ziehen die marktbeherrschenden Konzerne die Zügel mittlerweile deutlich an. Das beginnt ganz oben, wenn Twitter die Postings des US-Präsidenten mit meinungsbildenden Kommentaren versieht, und setzt sich durch bis in unser kleines Österreich, wenn die



Parlamentsrede einer Oppositionspolitikerin von Facebook gesperrt wird. YouTube hat überhaupt schon angekündigt, alles zu löschen, was der Meinung der WHO widerspricht – erstes prominentes Opfer war denn auch gleich der Infektionsepidemiologe Sucharit Bhakdi.

Was geht hier vor? Was sich hier vor unseren Augen vollzieht, ist der Durchbruch einer Ein-Wert-Politik, die alles Staatshandeln einem einzigen Ziele unterordnet und keinen anderen Interessen mehr gestattet (ausgenommen bestimmten Parteien nahestehenden Lobbys), sich zu artikulieren. Wir sind damit in jener unmittelbaren Moralisierung von Politik angekommen, die zu verhindern der Sinn unserer liberalen Verfassungen wäre und vor der uns einst Intellektuelle, von Carl Schmitt bis Jürgen Habermas, gewarnt haben. Wo sind die Intellektuellen von heute? Sind sie zu angepasst, um noch etwas zu sagen? Oder haben wir vielleicht gar keine mehr?

Es ist gut möglich, dass jeder von uns Opfer dieser Pandemie kennen wird. Vor wenigen Wochen ist mein bester Freund im Alter von gerade erst 37 Jahren an Covid-19 gestorben. Es ist eine scheußliche, eine heimtückische Krankheit. Doch dass er mit seinem Tod dazu beitragen sollte, ein Zensur-, Überwachungs- und Lockdown-Regime zu rechtfertigen, das ist ein Hohn auf jene Werte, die ihm wichtig waren. Freiheit ist unser höchstes Gut. Sie kommt nicht kostenlos. Und sie verlangt, beizeiten für sie aufzustehen. Wenn wir nicht wollen, dass der Shutdown unserer Bürgerrechte zu einem wiederkehrenden Instrument staatlicher Gewalt wird, dann müssen wir den Regierenden dieses Instrument wieder aus der Hand nehmen. Und zwar, *bevor* sie sich allzu sehr daran gewöhnt haben.



Ihr Jörg Mayer, Chefredakteur

Von Tyranneien und Gummibäumen



Die subjektive Wertlehre ist nicht überwunden, und objektive Werte sind nicht schon dadurch gewonnen, daß man die Subjekte verschleiert und die Wertträger verschweigt, deren Interessen die Standpunkte, Gesichtspunkte und Angriffspunkte des Wertes liefern. Niemand kann werten ohne abzuwerten, aufzuwerten und zu verwerten. Wer Werte setzt, hat sich damit gegen Unwerte abgesetzt. Die grenzenlose Toleranz und Neutralität der beliebig auswechselbaren Standpunkte und Gesichtspunkte schlägt sofort in das Gegenteil, in Feindschaft um, sobald es mit der Durchsetzung und Geltendmachung konkret ernst wird. Der Geltungsdrang des Wertes ist unwiderstehlich und der Streit der Werter, Abwerter, Aufwerter und Verwerter unvermeidlich.

Ein Philosoph der objektiven Werte, für den es höhere Werte gibt als das physische Dasein der jeweils lebenden Menschen, ist bereit, die Vernichtungsmittel der modernen Wissenschaft und Technik einzusetzen, um diese höheren Werte durchzusetzen; und ein anderer Philosoph der objektiven Werte hält es für ein Verbrechen, menschliches Leben um angeblich höherer Werte willen zu vernichten.

aus: Carl Schmitt, Die Tyrannei der Werte





Generalthema

„Der Morgen des 10. Thermidor“, Lucien Melingue, 1877;
Szene vor der Hinrichtung Robespierres und seiner Parteigänger am 28. Juli 1794

Wolfram Schrems

Werte – Entscheidungen – Überzeugungen

Triviales zur Ideologiekritik



Im Rahmen des Schwerpunktthemas seien in Anknüpfung an Carl Schmitts *Die Tyrannei der Werte* Überlegungen zur bekenntnishaften Struktur von Wertaussagen und von weltanschaulichen Stellungnahmen dargelegt. Schmitts Kritik richtet sich gegen die Anwendung der materialen Wertphilosophie (Max Scheler, Nicolai Hartmann und Dietrich von Hildebrand) auf die Judikatur des deutschen Höchstgerichts in Karlsruhe nach dem II. Weltkrieg (der „Freiheitstraum“ als „Wert“ am „Gummibaum“, die Richter als „Lemuren“). Das mag auf den ersten Blick ausschließlich als ein Spezialthema für Rechtsphilosophen anmuten. Die nähere Beschäftigung mit der Schmittschen Kritik ist aber ein passender Anlass für grundsätzliche Fragen, die für alle relevant sind.

Ich mache mir die Schmittsche Kritik an der Wertphilosophie nicht zu eigen. Ich kann etwa dem Ansatz Dietrich von Hildebrands (1889-1977) mit seiner Wertphilosophie und seiner Kritik an „Wertblindheit“ (*Sittlichkeit und ethische Werterkenntnis*, Habilitationsschrift von 1922, wird von Schmitt in einer Fußnote erwähnt) einiges abgewinnen. Ich anerkenne allerdings mit Schmitt die Problematik der Werte-Rhetorik im Bereich der Judikatur, ebenso wie in Legislatur und Propaganda: Denn es ist nicht zu bezweifeln, dass nicht jede Wertproklamation automatisch auf objektiver Werterfassung nach bestem Wissen und Gewissen beruht.

Daher können niedrigere Werte überbetont und auf Kosten höherer für tagespolitische oder machttaktische Zwecke ins Treffen geführt werden, auch von politisierenden Höchstgerichten. Unter der Maske der Werte können auch Unwerte verbreitet werden. Die Werte-Rhetorik kann also ein Vorwand sein, im Trüben zu fischen: Ein Machthaber setzt sich vordergründig für bestimmte „Werte“ ein, weil er politisch, finanziell oder sonst wie davon profitiert. Das legt er aber nicht offen. Aber: *Abusus non tollit usum*, der Missbrauch hebt den gesunden Gebrauch nicht auf. Es gibt selbstverständ-

lich ein legitimes Eintreten für „Werte“. Dieses hat (das ist die Aussage-Absicht dieses Aufsatzes) wie jede weltanschauliche Stellungnahme zwangsläufig bekenntnishaften und, wenn man ein Schmittsches Schlüsselwort verwenden will, „dezisionistischen“ Charakter. Dies ist der Ausgangspunkt für eine grundsätzliche Betrachtung zum Thema Werte, Überzeugungen und – da hier ein Katholik (wie es auch Carl Schmitt ist) schreibt – Glaube.

Überzeugungen als Axiome

Jedes Individuum hat Überzeugungen, auf deren Basis es handelt. Sie sind *Axiome* (ἀξίωμα, „Wertschätzung“, wir können also den „Werten“ nicht entfliehen). Diese sind aber nicht immer klar im Bewusstsein des Agierenden. In analogem Sinn hat auch jede Gemeinschaft ihre *Axiome*. Das betrifft vor allem diejenigen Gemeinschaften, die sich Gesetze geben. Diese Gesetze werden gemäß weltanschaulichen Überzeugungen formuliert bzw. gemäß denjenigen „Werten“, die gefördert werden sollen. Diese können und sollen offengelegt werden. Im europäischen „Mittelalter“ waren es die Dogmen und Moralvorschriften der Katholischen Kirche, die



*In Karlsruhe wächst ein Gummibaum / Lemuren schlurften durch den Raum
Und hängen ihren Wertetraum / Als Schmuck an ihren Gummibaum.
Nanu – Was sagst denn du dazu? / Wir sagen: psst - tabu!
(Carl Schmitt)*



die Grundlage zur Regelung der weltlichen Bereiche lieferten. Hier war der bekenntnishafte Charakter der Gesetzgebung klar. Er wurde auch offen eingestanden, man *bekannte* sich dazu.

Die *Axiome* der heutigen, „modernen“ Legislatur sind allerdings unklar. Man sagt, sie seien „säkular“ bzw. hätten „säkular“ zu sein. Allerdings hat auch diese Weichenstellung bekenntnishafte Charakter. Auch eine „säkulare“ Gesetzgebung steht nicht außerhalb der Begründungspflicht. Wenn sich z. B. eine Verfassung auf Gott beruft, hat das bekenntnishafte Charakter. Wenn eine Verfassung Gott überhaupt nicht erwähnt, hat das aber ebenfalls bekenntnishafte Charakter. Dann ist der Atheismus oder der Agnostizismus oder die religiöse Indifferenz das Bekenntnis. Und es ist eine legitime Frage an den Verfassungsgeber: Kannst du das begründen? Ist eine Gott-lose Verfassung besser oder wahrhafter oder humaner (welches Kriterium gilt hier eigentlich?) als eine Verfassung, die sich auf Gott beruft? Unklar bleibt darüber hinaus, welche inhaltlichen Vorgaben genau unter „säkular“ firmieren.

Alles das ist trivial. Allerdings haben wir diese Fragen im Alltagsbewusstsein nicht auf dem Radarschirm. Dem Beobachter zeigt sich zudem, dass viele Zeitgenossen allzu vieles, was von Gesetzgebung und politischer Macht kommt, als selbst-verständlich und nicht rechtfertigungsbedürftig hinnehmen: Abschaffung der Nationalstaaten, Islamisierung, Abtreibung, Willkürmaßnahmen in der Corona-Kampagne u.a.m.

So kann man beispielsweise sagen: In der Corona-Krise wurde der Wert der Gesundheit und des menschlichen Lebens geschützt. Das ist zumindest

die offizielle, wenigstens implizite Linie der Machthaber. Aber viele, deren Existenzgrundlage zerstört wurde oder die wegen abgesagter Behandlungen zu Schaden oder zu Tode gekommen sind, werden das bestreiten. Auch Abtreibungsgegner nehmen angesichts der seit 1975 tabuisierten Fristenlösung der Regierung den plötzlichen Lebensschutz nicht ab. Der gläubige Katholik, Angehöriger der Kirche, die unsere Kultur für gut eineinhalb Jahrtausende prägte, wird darüber hinaus sagen: „Gesundheit ist wichtig, die Klostermedizin und die Krankenpflegen arbeiten seit vielen Jahrhunderten im Dienst der Gesundheit, lange vor staatlichen Einrichtungen. Wichtiger als das irdische Leben ist aber das ewige Leben. Um das zu erlangen, benötigt der Gläubige die Sakramente.“ Setzt man das voraus, so ist es klarerweise falsch, Patienten und Heiminsassen den Besuch des Priesters zu verweigern und aus Gesundheitsgründen die Sakramenten-Spendung einzustellen.

Hier kommt die Rede von der „Tyrannei der Werte“ ins Spiel: Diejenigen, die die Macht haben, ihre Anschauungen und Bekenntnisse anderen auf dem Weg der Legislatur oder auch der Medienpropaganda zu oktroyieren, berufen sich gerne auf „Werte“. Auf welche genau? Welche Maßstäbe benützen sie für ihre Wertungen? Und hier ist es so, wie Schmitt ironisiert: *Psst - tabu!*

Frageverbote vs. Apologetik

Wenn wir also tiefer fragen, finden wir vielleicht ganz andere „Werte“ als die Gesundheitspflege hinter dem aktuellen Psychoterror. Wem nützt das



*In einem totalitären System kann sogar das Bekenntnis
zum Evidenten bezeugenden und heroischen Charakter haben.*



wirklich? Alleine schon die Tatsache, dass solche Fragen kaum gestellt werden dürfen, ohne den Fragenden in den Geruch des „Verschwörungstheoretikers“ zu bringen, zeigt, dass offenbar ein „Frageverbot“ besteht. Von einem solchen spricht Eric Voegelin in seiner bekannten Ideologiekritik in *Wissenschaft, Politik und Gnosis* (1959).

Im Gegensatz dazu gibt es im katholischen Glauben keine Frageverbote. Ein Gegenmodell zu Frageverbot und Tabuisierung ist die katholische *Apologetik*. Diese leitet sich von der Weisung des ersten Papstes in seiner ersten Enzyklika her, jedem Rede und Antwort zu stehen (ἀπολογεῖσθαι), der den Gläubigen nach der Hoffnung fragt, die ihn erfüllt (1 Petr 3,15). Als literarisches Genre kommt die Apologetik früh in der Kirchengeschichte auf und erklärt Juden und Heiden, Statthaltern und Kaisern, Philosophen und Rhetoren, die Inhalte und die Begründungen des katholischen Glaubens. Allerdings kommt das Fragen und Antworten irgendwann sinnvollerweise an eine Schwelle: Eine Entscheidung für oder gegen den Glauben ist gefordert. Die Inhalte des Glaubens sind letztlich Geheimnis. Aber „glauben“ muss man sehr vieles im täglichen Leben. „Glauben“ muss man sogar die Axiome der Mathematik. „Glauben“ muss man auch erst recht, wenn man daran glaubt, beispielsweise die *Axiome* der Comteschen Dreistadienlehre oder des Marxschen Historischen Materialismus (deren Stiftergestalten beide aber Begründungen verweigern). Auf Comte und Marx bezieht sich Voegelin explizit, wenn er vom „Frageverbot“ spricht. Das ist wiederum das Schmittsche: *Psst - tabu!*



Britannia crown'd by virtue, tramples on
Tyranny & Oppression; Buchillustration

Religiöser Glaube, philosophische, wissenschaftliche und politische Überzeugungen, juristische Grundsätze: Sie alle haben aufgrund ihres bekenntnishaften Charakters auch *de-zisionistischen* Charakter. Das steht nicht im Widerspruch zum allfälligen Wahrheits-Anspruch oder gar Wahrheits-Gehalt der betreffenden Überzeugungen. Es heißt nur, daß jeder sich via De-zision, also in einer Entscheidung und Stellungnahme, zu einer Überzeugung bekennt. Wie oben gesagt: Diese ist für den Bekenntnisakt konstitutiv. Das Bekenntnis zu etwas Wah-

rem heißt nach meinem Dafürhalten „Bezeugung“ (μαρτύριον). In einem totalitären System kann sogar das Bekenntnis zum Evidenten bezeugenden und heroischen Charakter haben (wie aus Orwells *1984* hervorgeht). Interessanterweise wird aber, wie der aufmerksame politische und kirchliche Beobachter feststellt, ein ausdrücklicher Wahrheitsanspruch heutzutage so gut wie nie erhoben. Denn allzu viele halten es mit der zynischen Frage des Machttaktikers Pilatus: *Was ist Wahrheit?* Auch das ist zwar trivial, aber ebenfalls normalerweise nicht auf dem Radar des Zeitgenossen.

„Tyrannei der Werte“ – Kann es das geben?

Wir erleben seit Jahren eine Inflation der Werte-Rhetorik. Häufig kommt sie seitens der Machthaber von EU-Staaten oder der EU-Bürokratie selbst, deren Vorgangsweise sich durch tyrannischen Regierungsstil und Rechtsbruch auszeichnet, sich also gerade nicht als Vorbild im Bereich der Wert-



*Das Wertvolle, das Wahre, Gute und Schöne selbst,
kann aber niemals tyrannisch sein.*



verwirklichung darstellt. Das Wertvolle, das Wahre, Gute und Schöne selbst, kann aber niemals tyrannisch sein. Es appelliert immer an die menschliche Freiheit und ermöglicht sie aufgrund des inneren Zusammenhangs von Wahrheit und Freiheit.

Auf das Politische angewendet: Ein solcherart Regierender unterwirft sich denselben Vorgaben, die er seinen Rechtsunterworfenen auferlegt, ja er trachtet danach, sie über-zu-erfüllen. Exempel dieser Haltung ist idealerweise der heilige König. Exempel ist auch das Petrusamt, dessen Inhaber als *Servus servorum*

Dei firmiert. Viele Päpste haben ihre Aufgabe auch gut gemacht – der jetzige allerdings nicht: Möglicherweise kann man beim jetzigen Petrusnachfolger von einer „Tyrannei der Werte“ sprechen, wenn man „Werte“ eben in dem politisch aufgeladenen Sinn Schmitts versteht, als Vehikel für das Durchsetzen der Interessen internationaler Mächte. Die bislang letzte Enzyklika *Fratelli tutti* kann gleichsam als Musterbeispiel dafür dienen: Hier wird in kaum verständlichem Kauderwelsch eine zum Absoluten hin verschlossene, gottlose innerweltliche Einheit propagiert. Das Widerspruchsprinzip ist aufgehoben, da einerseits die Rechte der Völker eingemahnt, andererseits alle Länder als Einwanderungsländer proklamiert werden. „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ werden als Zielvorstellungen genannt! Das begünstigt zwangsläufig eine Tyrannei der Skrupellosesten. Damit ist die Freiheit – mit Schmitt – nur mehr ein „Freiheitstraum“.

Carl Schmitts Kritik an einer Gesetzgebungs- und Gerichtspraxis, die sich an „Werten“ orientiert, ist



Triumph of Peace and Liberty over Tyranny;
Greenwich Hospital, Deckengemälde

insofern berechtigt, als diese „Werte“ Vorwände für Partikularinteressen oder Unwerte sein können. Damit ist nicht Wertphilosophie per se verunmöglicht. Auch nicht deren Anwendung auf Rechtssetzung und Rechtsprechung: Der objektivste Richter wird seine persönlichen Werthaltungen nicht völlig aus der Urteilsfindung draußen halten können oder dürfen.

Die Offenbarung weist jedem Wert seinen Platz zu und überbietet ihn durch die Selbstkundgabe des barmherzigen und gerechten Gottes. Eine

darauf aufbauende Rechtsordnung wehrt dem Missbrauch von „Werten“ zugunsten klandestiner Interessen. Jedenfalls sind in einem katholisch geprägten Staat die *Axiome* offengelegt. Im „säkularen“ Staat, etwa im Nachkriegs-Karlsruhe, das Schmitt kritisiert, liegen die *Axiome* nicht offen da. Die neu aufkommende Gesinnungsjustiz (Antidiskriminierung, „Hassrede“) schränkt neuerdings Freiheitsrechte zugunsten unklar formulierter „Werte“ und höchst realer Interessensgruppen ein und gibt den Staatsanwälten und Richtern weitläufig anzuwendende Unterdrückungsinstrumente an die Hand. Von daher mag der Schmittsche „Gummibaum“ an die „Gummiparagraphen“ ebendieser Gesinnungsjustiz erinnern.

Da derzeit die maßgeblichen Autoritäten der Katholischen Kirche ebenfalls in diesen Maßstäben denken, fällt jedes transzendente Korrektiv zu willkürlicher Gesetzgebung und -auslegung aus. Das ist die äußerste Tyrannei, aber der *Unwerte*.

Paradoxien der Menschenrechte

Von Jörg Mayer



„Unsinn auf Stelzen“¹ nannte Jeremy Bentham einst die Idee der Menschenrechte, als „weiße Magie“² titulierte sie Raymond Geuss. Schon seit der Antike beschäftigt das sogenannte *ius gentium*, also jenes Recht, das bei allen Völkern qua natürlicher Vernunft gelte, Rechtsgelehrte und Philosophen. John Locke definierte das Minimum, worauf sich alle Menschen verständigen können sollten, so: *„Im Naturzustand herrscht ein natürliches Gesetz, das jeden verpflichtet. Und die Vernunft, der dieses Gesetz entspricht, lehrt die Menschheit, wenn sie sie nur befragen will, daß niemand einem anderen, da alle gleich und unabhängig sind, an seinem Leben und Besitz, seiner Gesundheit und Freiheit, Schaden zufügen soll.“*³

Die modernen Menschenrechtskodifikationen verleihen der in diesen Worten ausgedrückten Grundhaltung der westlichen Rechtsphilosophie – zumal nach den Erfahrungen des Totalitarismus im 20. Jahrhundert – einen progressiven Ausdruck. Gleichzeitig sind diese Konvolute bloßer Grundrechtsbehauptungen nicht nur eine in sich widersprüchliche Sammlung, sondern stellen auch in ihrer Genese durch die demokratischen Gesetzgeber und in ihrem Geltungsanspruch gegenüber diesen demokratischen Gesetzgebern ein Paradoxon dar.

Das liegt im Wesentlichen daran, dass die Menschenrechte sowohl Abwehrrechte, als auch Politikpartizipationsrechte, als auch Sozialleistungsrechte umfassen und dass die Durchsetzung eines dieser Rechte in der Regel einen Effekt hat, der einem anderen dieser Rechte abträglich ist. Daher muss die Politik ständig gewisse Abwägungsentscheidungen treffen. Damit demselben demokratischen Gesetzgeber, den einzuschränken der Sinn der Menschenrechte ist, aber nicht zugleich die Auslegung der Menschenrechte zukommt, ist eine Menschenrechtsjudikatur mit eigenen Gerichtshöfen usw. entstanden, womit die Menschenrechte zum Gegenstand politischer und juridischer Aktivitäten supranationaler Organisationen geworden sind. Aus den Beziehungen zwischen diesen supranationalen

Organisationen, der Autonomie des einzelnen Menschen und der Demokratie als Ausdruck politischer Partizipation entspringen unauflösbare Widersprüche, die im Folgenden erörtert werden sollen.

Die Basis des Menschenrechtsregimes

Die Grundrichtung, die dem modernen Begriff der Menschenrechte eigentümlich ist, zeigt sich schon in der *Präambel zur Charta der Vereinten Nationen* vom 26. Juni 1945, also im Vorwort zu jenem völkerrechtlichen Vertrag, der gleichsam die Verfassung der UNO darstellt. Die weitere Entwicklung mündete bald in die Resolution der Generalversammlung 217 A (III), besser bekannt als *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* vom 10. Dezember 1948. Die Präambel, die den einzelnen Menschenrechtsartikeln vorausgeht, bietet sowohl eine Argumentation für deren moralische Begründung als auch für die Notwendigkeit, jene in einem supranationalen Rahmen zu normieren.

Es ist offenkundig, dass diese Resolution in ihrer Genese eine Reaktion auf die Erfahrungen des nationalstaatlichen Totalitarismus darstellte. Dieser hatte gezeigt, dass sich die Menschen nicht verlassen konnten, vom Staat geschützt zu werden, dass also die Unterwerfung des Bürgers unter den Staat



Die nationalen Verfassungen, die mit viel Blut einst erkämpft worden waren, hatten sich als zu schwach herausgestellt, um den einzelnen Menschen sowie Minderheiten vor der Mehrheit und den gesellschaftlichen Machthabern zu beschützen.



im Sinne der Vertragstheorie, bei der alle Bürger auf einen Teil ihrer Autonomie verzichten, um den *bellum omnium contra omnes* auszuschließen, nicht die erhoffte Sicherheit garantierte. Der Leviathan war selber zum Behemoth geworden und hatte seine Bürger gefressen, der demokratische Traum, dass die Beteiligung der gesamten Bevölkerung an der Gesetzgebung durch ein parlamentarisches System ein wirksames Instrument gegen die Tyrannei darstellen würde, hatte sich als falsch erwiesen. Denn „[d]as Volk, das der Urheber der politischen Ordnung ist, sind wir alle zusammen; das Volk hingegen, das der politischen Ordnung unterworfen ist, ist jeder Einzelne von uns. In eben dieser Differenz zwischen Autoren und Adressaten, die die Demokratie vereinigen will, nistet die Gewalt: Wir alle zusammen können durchaus uns als Einzelnen Unrecht zufügen.“⁴

Selbst die nationalen Verfassungen, die mit viel Blut einst erkämpft worden waren, hatten sich als zu schwach herausgestellt, um den einzelnen Menschen sowie Minderheiten vor der Mehrheit und den gesellschaftlichen Machthabern zu beschützen. Der Staat, der zum Zwecke einer gelingenden Friedenswahrung bestimmte Grundrechte garantieren und gerade daraus seine Legitimation erhalten sollte, hatte sich von dieser Leine losgerissen. Daher sollte der einzelne Bürger nun in den Stand versetzt werden, in Zukunft auch gegen den eigenen demokratischen Gesetzgeber seine Menschenrechte durchsetzen zu können. Dies bedeutete einen Paradigmenwechsel hinsichtlich der staatlichen Souveränität:

„Regelte das neuzeitliche Völkerrecht zu Anfang vor allem den äußeren, d.h. den zwischenstaat-

lichen Umgang der Einzelstaaten untereinander, etwa durch Regeln für Krieg und Frieden, so besteht die „stille Revolution“ des Völkerrechts nach dem Zweiten Weltkrieg darin, nunmehr auch innerstaatliche Angelegenheiten zu regulieren und unter Beobachtung durch die Staatengemeinschaft zu stellen. Anders gesagt: Die Art und Weise, wie der einzelne Staat nach innen mit all denen, die seiner Herrschaft unterworfen sind, umgeht, wird zum Bestandteil jener völkerrechtlichen Verpflichtungen, die er nach außen eingeht. Jeder Staat verpflichtet sich gegenüber allen anderen Staaten, auf jeweils seinem Hoheitsgebiet die Menschenrechte nicht zu verletzen.“⁵

Schon an diesem Punkt eröffnet sich eine Paradoxie: Der Staat, der durch demokratische Wahlen direkt seinen rechtsunterworfenen Bürgern verpflichtet ist, gibt sich nun zusätzlich eine indirekte Verpflichtung, deren Rechte zu wahren, nämlich gegenüber den anderen Staaten durch ein gemeinsames Rechtsdokument (das seine Geltung daraus gewinnt, dass es von diesem Staat und den anderen mitunterzeichnenden Staaten ratifiziert wird). Verstünde man diese Ratifikation nun als einen den demokratischen Gesetzgeber dauerhaft bindenden Akt der Super-Verfassungsgesetzgebung, hätte sich eine Generation also die Macht herausgenommen, aus eigener demokratischer Rechtssetzung zukünftigen Generationen eine abweichende demokratische Rechtssetzung in Fragen der gleichen Relevanz und Tragweite zu verwehren.

Der nachfolgende Bürger kommt damit in den Genuss einer moralischen Diktatur, in der ihm nur mehr die Funktion eines Super-Rechtsempfängers, aber keines Super-Rechtsgebers mehr zukommt. Zu



Allegorie der Erklärung der Menschenrechte; Jean-Baptiste Regnault, 1790, Musée Lambinet, Versailles

eben dieser Problematik schreibt Jürgen Habermas: „Menschenrechte mögen moralisch noch so gut begründet werden können; sie dürfen aber einem Souverän nicht gleichsam paternalistisch übergestülpt werden. Die Idee der rechtlichen Autonomie der Bürger verlangt ja, daß sich die Adressaten des Rechts zugleich als dessen Autoren verstehen können. Dieser Idee widerspräche es, wenn der demokratische Verfassungsgesetzgeber die Menschenrechte als so etwas wie moralische Tatsachen schon vorfinden würde, um sie nur noch zu positivieren.“⁶

Das bedeutet freilich nicht, dass auf eine Menschenrechtspolitik verzichtet werden müsse, im Gegenteil: Menschenrechte gelten gerade auch für Habermas als notwendige Grundlagen für ein freies, demokratisches Zusammenleben. Er teilt zwar im Grundsätzlichen die Kritik Carl Schmitts am Menschenrechtsfundamentalismus, sieht aber gleichwohl die Möglichkeit, die Gefahr einer „Diktatur des Moralismus“ zu vermeiden: „Der wahre Kern [von

Schmitts Kritik] besteht darin, dass eine unvermittelte Moralisierung von Recht und Politik tatsächlich jene Schutzzonen durchbricht, die wir für Rechtspersonen aus guten, und zwar moralischen Gründen gewahrt wissen wollen. [...] Die richtige Antwort auf die Gefahr der unvermittelten Moralisierung der Machtpolitik ist daher nicht die Entmoralisierung der Politik, sondern die demokratische Transformation der Moral in ein positiviertes System der Rechte mit rechtlichen Verfahren ihrer Anwendung und Durchsetzung. Der Menschenrechtsfundamentalismus wird nicht durch den Verzicht auf Menschenrechtspolitik vermieden, sondern allein durch die weltbürgerliche Transformation des Naturzustandes zwischen den Staaten in einen Rechtszustand.“⁷

Das Paradoxon, dass die Menschenrechte jene Entkoppelung von persönlicher Moral und politischer Geltung, die im Zuge des Liberalismus erungen wurde und die dem Bürger den Schutz der Privatheit im Staate gebracht hat, wieder aufheben,



Proklamation der Abschaffung der Sklaverei in den französischen Kolonien am 23. April 1848; François August Biard, 1848/49

erscheint insofern, wenn wir Habermas folgen wollen, also auflösbar. Aber damit ist die Sache noch nicht gegessen, denn wie verhält es sich mit dem viel grundsätzlicheren Paradoxon, dass die Menschenrechte ein emanzipatorisches, egalitäres und demokratisches Ziel verfolgen, aber gleichzeitig von Richtern und Behörden, also *top down*, durchgesetzt werden? Stellt nicht ein *Opting-out* aus einem solchen Menschenrechtsregime ebenfalls ein Menschenrecht dar – also die Möglichkeit, in unterschiedlichen Räumen auf der Welt unterschiedliche Rechtsvorstellungen zur Geltung bringen zu dürfen?

Universalismus und Partikularismus

In dieser Hinsicht formieren sich die Gegner universaler Menschenrechtskonzepte, und sie lassen sich grob in zwei Gruppen einteilen, nämlich 1. in jene, die einem staatsbildenden Personenverband das Recht zubilligt, andere Gruppen – vom Verfassungsfeind bis zum Fremden – konsequent auszuschlie-

ben (so wie wir es etwa in der Rechtslehre Schmitts vorfinden, die wir in vergangenen Ausgaben ausgiebig behandelt haben), sowie 2. in jene, von der die Position verteidigt wird, dass die konkrete Ausformung von Menschenrechten zumindest je nach Kultur unterschiedlich sein dürfen müsse. Nun sind freilich beide Positionen (der Leser möchte hier bitte nicht verzweifeln) allerdings nicht weniger selbstwidersprüchlich als die von ihnen so heftig kritisierten Menschenrechte.

Denn ja, die Menschenrechte sind zwar insofern ein paradoxes Konstrukt, als in ihnen eine begrenzte Gruppe von Menschen zu einem bestimmten Zeitpunkt den Anspruch universaler Geltung ihrer eigenen Rechtsauffassung postuliert, obwohl jene Rechtsauffassung faktisch ganz offensichtlich nicht universal unter den Menschen gilt. Gleichzeitig sind aber auch beide Gegenpositionen zum Menschenrechtsuniversalismus paradox, denn wenn eine Minderheit gegen diesen postuliert, dass eine rechtsetzende Mehrheit in einem demokratischen



Gemeinwesen dazu frei sein sollte, auch die Interessen einer Minderheit zu übergehen, dann lässt sich eben gerade auch jenes gegen den Menschenrechtsuniversalismus gerichtete Interesse dieser Minderheit legitimerweise übergehen. Die zweite Position wiederum, dass jede Kultur ihre unterschiedliche Ausprägung der Menschenrechte habe, ist schon im Begriffe widersprüchlich, weil das Menschenrecht eben gerade nicht das kulturabhängige Recht bezeichnen soll, sondern jenes einem jeden Menschen aus seinem bloßen Menschsein heraus und vor jeder weiter ausdifferenzierten Kultur eigentümliche Recht, das ihn oder eine Minderheit gerade gegen die Deutungshoheit der in ihrer Umwelt jeweilig dominanten Kultur schützen soll.

Dass nun sowohl das Menschenrechtspostulat als auch seine Verneinung in Paradoxien führen, mag darin begründet liegen, dass in der praktischen Realität ihre vordergründig widersprüchlichen Grundlagen eng miteinander verwoben sind: Jedes Menschenrecht, gleich in welchem internationalen Gremium es formuliert wird, ist abhängig von seiner ganz lokalen Verwirklichung. Würde ein bestimmtes Menschenrecht gewaltsam gegen die vor Ort bestehende Ordnung durchgesetzt, zerstörte es diese lokale politische Struktur und damit genau die Stelle, an der sich Gerechtigkeit überhaupt politisch verwirklichen kann. Der Primat von Rechten des Individuums gegenüber dem Nationalstaat muss eben sofort zu einem den politischen Raum zersetzenden Problem werden, wenn die Individuen oder gewisse Minderheitengruppen ausschließlich atomistisch dem politischen Gemeinwesen gegenüberstehen und an dieses nur mehr ihre Ansprüche stellen. Denn das Gemeinwesen ist selbst ja nur die Summe seiner Mitglieder, ihr Mitwirken an ihm und die gegenseitige Übernahme von Pflichten stellt die Grundlage aller Ansprüche dar, die in ihm überhaupt formuliert werden können. Es gilt daher: *„Die Durchsetzung der Menschenrechte setzt, um legitim (und erfolgreich) zu sein, demokratische Transformationsprozesse, d.h. die Herausbildung*

*und den Erhalt überschaubarer demokratischer Entscheidungsstrukturen voraus.“*⁸

Ein Ausweg aus dieser Problematik wäre nun, Menschenrechte nicht als durch Vernunftfeinsicht gewonnene Prinzipien zu verstehen, die der kontingenten Gesetzgebung derogieren sollen, sondern als das Ergebnis eines sich permanent vollziehenden praktischen Tausches, den die Menschen dezentral auf dem Markt ihrer Interaktionen selbst bestimmen. In dieser Richtung sagt Otfried Höffe: *„Rechte auf Leib und Leben, auf Eigentum, auf einen guten Namen, auf Religionsfreiheit usw. kann man nämlich als einen Tausch rekonstruieren, den jeder nicht etwa mit einigen, sondern mit allen Menschen vornimmt. Die eigene Fähigkeit, Täter von Gewalt zu sein, tauscht man für das Interesse ein, fremder Gewalt nicht zum Opfer zu fallen.“*⁹

Hier besteht freilich wieder die alte Gefahr, dass Menschenrechte zu bloßen Gewohnheitsrechten, also zu einer eingeübten Moral werden – und damit erst recht wieder politisch manipulierbar. Es ist ja offensichtlich, dass in alltäglich zwischen Menschen erzeugten Umgangsformen der Nukleus für jene komplexen Verhaltenssysteme bestehen, die wir als Kulturen bezeichnen. Die Frage ist dann, wie weit der Einzelne innerhalb so eines Systems an seiner Erzeugung mitwirkt, wodurch es legitimiert wäre, oder ob es sich hier vor allem um ein Machtverhältnis handelt, aus dem der Einzelne gar nicht ausbrechen kann und das er daher zu reproduzieren gezwungen ist. Diese Frage ist auch relevant im Hinblick auf kulturspezifische alternative Menschenrechtskonzeptionen: Sind diese tatsächlich ein Ausdruck gewisser wertvoller Eigentümlichkeiten der betreffenden Menschen oder dienen diese lediglich dazu, seitens der Machthaber die Durchsetzung von Menschenrechten zu verhindern? Umgekehrt stellt sich wiederum die Frage: Handelt es sich bei den Menschenrechten tatsächlich um eine universale Konzeption oder vielmehr selbst nur um den imperialistisch über die Welt gestülpten Ausdruck einer ganz bestimmten Kultur, nämlich der westlichen?



Nicht von ungefähr hält die Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam vom 5. August 1990 in ihrer Präambel ganz ausdrücklich fest: „Die Mitglieder der Organisation der Islamischen Konferenz betonen die kulturelle und historische Rolle der islamischen Umma, die von Gott als die beste Nation geschaffen wurde und die der Menschheit eine universale und wohlausgewogene Zivilisation gebracht hat, in der zwischen dem Leben hier auf Erden und dem im Jenseits Harmonie besteht und in der Wissen mit Glauben einhergeht; und sie betonen die Rolle, die diese Umma bei der Führung der durch Konkurrenzstreben und Ideologien verwirrten Menschheit und bei der Lösung der ständigen Probleme dieser materialistischen Zivilisation übernehmen sollte.“¹⁰

Klar ist: Wir haben es hier nicht mit einer Proklamation zu tun, die lediglich den Universalismus der westlichen Menschenrechtskodifikationen relativiert – sondern mit einem Anspruch, diesem selbst einen eigenen Universalismus entgegenzustellen, nämlich den der *Umma*. Wenn aber bereits innerhalb des Menschenrechtsuniversalismus zwei verschiedene „Universalismen“ nebeneinander anerkannt werden, wird die Kontingenz deutlich, die sich hinter dem großtönenden universalistischen Anspruch verbirgt. Oder wie Lévi-Strauss so trefflich schreibt: „[Eine] Proklamation der natürlichen Gleichheit aller Menschen und der Brüderlichkeit, die sie ohne Ansehen der Rasse oder der Kultur vereinigen sollte, ist intellektuell enttäuschend, weil sie die faktische Verschiedenheit übergeht, die sich der Beobachtung aufzwingt und von der man nicht einfach behaupten kann, daß sie das Problem im Kern nicht berühre.“¹¹

Konklusion

Samuel Huntington hat bekanntlich vor dem falschen Glauben gewarnt, das westliche Lebensmuster werde sich über kurz oder lang weltweit durchsetzen. Gerade die Idee der Menschenrechte sei ein Produkt

spezifisch westlicher Kulturbedingungen, und einen wirklichen Universalismus gebe es gerade deshalb nicht, weil dieser ja die westliche Art sei. Huntingtons Einwand bedeutet nicht, dass der westliche Universalismus kulturell nicht wertvoll wäre oder dass es keine guten Gründe geben mag, für ihn zu argumentieren. Aber er kann nicht vorausgesetzt werden, denn unser Begriff, was es überhaupt heißt, ein Mensch zu sein, ist weniger klar, als es uns der alte „Baum des Porphyrios“ vorführt, der in aristotelischer Tradition den Menschen aus der Gattung der Tiere durch die spezifische Differenz der Vernunftbegabung (ζῷον λόγον ἔχον, *animal rationale*) unterscheidet. Die *differentia specifica* ist vielleicht ein hinlängliches Merkmal zur Artbestimmung, aber erst die Vielfalt unserer *propria*, unserer arttypischen Eigenheiten, zeigt, was zum Menschsein gehört.

Hierüber aber müssen wir uns stets wieder demokratisch verständigen, oder um mit Marta Nussbaum zu sprechen: „[Die] Konzeption des Menschen [fußt] auf gemeinsamen Mythen und Geschichten unterschiedlicher Zeiten und Orte, Geschichten, die sowohl den Freunden als auch den Fremden erklären, was es bedeutet, ein Mensch und nicht etwas anderes zu sein. Diese Konzeption ist das Ergebnis eines Prozesses der Selbstinterpretation und Selbstvergewisserung, der sich mehr auf die von solchen Geschichten hervorgebrachte Phantasie stützt als auf wissenschaftliche Vernunft.“¹²

Menschenrechte zur Geltung zu bringen, das bedeutet, das eigene Menschsein, so wie jeder Einzelne es für sich verstanden wissen will, gegen staatliche Übergriffe in Schutz zu nehmen, und jedermanns persönliche Lebenssphäre gegen die Zumutungen fremder Herrschaft zu verteidigen. Aber es heißt auch, Pflichten füreinander im Staat zu unternehmen, Räume zur friedlichen und solidarischen Koexistenz aufrecht zu erhalten. Ein geteilter Begriff davon, worin unser Menschsein liegt, was unserer Menschenwürde zumutbar ist und was nicht, ist die Grundlage für jede Gesellschaft von Menschen. Kein Rechtsstaat kann bestehen ohne diese grundsätzliche



*Ein geteilter Begriff davon, worin unser Menschsein liegt, was unserer Menschenwürde zumutbar ist und was nicht, ist die Grundlage für jede Gesellschaft von Menschen.
Kein Rechtsstaat kann bestehen ohne diese grundsätzliche Verständigung seiner Bürger über die letzten Ziele ihrer Rechtsverhältnisse.*



Verständigung seiner Bürger über die letzten Ziele ihrer Rechtsverhältnisse, ja der Staat ist seinem Wesen nach gar nichts anderes als eben diese Übereinkunft. Hierzu sei zum Abschluss noch Aristoteles zitiert:

„Daß nun der Mensch in höherem Grade ein staatsbezogenes Lebewesen ist als jede Biene und jedes Herdentier, ist klar. Denn nichts, meinen wir, schafft die Natur vergeblich. Über die Sprache verfügt allein der Mensch. Die Stimme nun bedeutet schon ein Anzeichen von Leid und Freud, daher steht sie auch den anderen Lebewesen zu Gebote; ihre Natur ist nämlich bis dahin gelangt, daß sie über Wahrnehmung von Leid und Freud verfügen und das den anderen auch anzeigen können. Doch die Sprache ist da, um das Nützliche und das Schädliche klarzulegen und in der Folge davon das Gerechte und das Ungerechte.



Erklärung der Menschenrechte, 1789;
Jean-Jacques-François Le Barbier

Denn das ist im Gegensatz zu den anderen Lebewesen den Menschen eigentümlich, daß nur sie allein über die Wahrnehmung des Guten und des Schlechten, des Gerechten und des Ungerechten und anderer solcher Begriffe verfügen. Doch die Gemeinschaft mit diesen Begriffen schafft Haus und Staat.“¹³

Man mag versucht sein, in den Menschenrechten nur ein Konstrukt zu sehen, eine Vorstellung in unseren Köpfen. Es gibt gute Gründe, es so zu sehen, und all die Paradoxien der Menschenrechte sind nicht angetan dazu, uns vom Gegenteil zu überzeugen. Doch auch wenn es sich bei ihnen letzten Endes nur um ein besonders komplexes Sprachspiel handelt, so gilt am Ende, was von vielerlei solchen Spielen gesagt werden kann: *„Das Spiel ist zur Führung des menschlichen Lebens notwendig.“¹⁴*

1 Bentham, Jeremy: „Anarchical Fallacies. Being an Examination of the Declaration of Rights Issued during the French Revolution“, in: *The Works of Jeremy Bentham*, Bd. II, Edinburgh 1843, S.523
2 Geuss, Raymond: *History and Illusion in Politics*, Cambridge: Cambridge University Press 2001, S.144
3 Locke, John: *Zwei Abhandlungen über die Regierung*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1989, II. Abhandlung, §6, S.203
4 Menke, Christoph – Pollmann, Arnd: *Philosophie der Menschenrechte*, Hamburg: Junius 2007, S.181
5 Menke/Pollmann: *Philosophie der Menschenrechte*, S.26
6 Habermas, Jürgen: „Über den internen Zusammenhang von Rechtsstaat und Demokratie“, in ders.: *Die Einbeziehung des Anderen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1996, S.301

7 Habermas, Jürgen: „Kants Idee des ewigen Friedens – aus dem historischen Abstand von 200 Jahren“, in ders.: *Die Einbeziehung des Anderen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1996, S.236
8 Menke/Pollmann: *Philosophie der Menschenrechte*, S. 189
9 Höffe, Otfried: *Vernunft und Recht. Bausteine zu einem interkulturellen Rechtsdiskurs*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1996, S.75
10 Zitiert nach Menke/Pollmann: *Philosophie der Menschenrechte*, S.77
11 Lévi-Strauss, Claude: *Rasse und Geschichte*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1972, S.19
12 Nussbaum, Marta C.: *Gerechtigkeit oder Das gute Leben*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1999, S.46f.
13 Aristoteles: *Politik*, Erstes Buch, 1253a7ff., übers. von Franz F. Schwarz, Stuttgart: Reclam 1989, S.78
14 Thomas von Aquin: *Summa theologiae* II-II, qu.168, art.3; ra3, II,729, col.3 Busa

Bildersturm

Von Thomas Grischany



Mittlerweile ist es – zumindest wenn man hierzulande von der „Schande!“-Aktion rund um das *Karl-Lueger-Denkmal* in Wien absieht – international wieder ruhig geworden um die „Bilderstürmer“, die sich im vergangenen Sommer daran gemacht hatten, so ziemlich jedes Denkmal, das mit dem Begriff des Rassismus irgendwie in Verbindung gebracht werden konnte, niederzureißen. Auslöser war der Tod des Halbkriminellen George Floyd bei einem Polizeieinsatz gewesen, und die zum Teil durchaus legitimen Proteste gegen Polizeigewalt, die allerdings von Anfang an von Plünderungen begleitet waren, mutierten sehr bald zu einem Rundumschlag gegen die angebliche globale Ausbeutung und Unterdrückung sämtlicher nicht-weißer Menschen durch die „Weißen“.

Der Zorn richtete sich aus diesem Grund vor allem gegen Denkmäler und auch gegen Namen (von Straßen über Institutionen bis hin zu Ländernamen), die irgendwie mit Kolonialismus oder Sklaverei in Verbindung gebracht werden konnten. Das Erschreckende daran war, dass diese Aktionen auch nicht vor Personen haltmachten, die aufgrund ihrer Verdienste gegen derartige Anschuldigungen stets immun zu sein schienen, wie etwa Thomas Jefferson (der hauptsächliche Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung) oder Winston Churchill (einer der Hauptverantwortlichen für den Sieg über Adolf Hitler im Zweiten Weltkrieg). Wie ist dieser Radikalismus zu erklären?

Ikonoklasmus – auf gut Deutsch „Bilderstürmerei“ – hat es in der westlichen Geschichte immer schon gegeben, er ist quasi eine Grundzutat der abendländischen Kultur. Schließlich geht es dabei um die Frage, ob Abbildungen überhaupt erlaubt seien, allen voran die Abbildung Gottes – des einen Gottes der Israeliten, der durch Jesus von Nazareth auch zum Gott der Christenheit wurde. Geprägt wurde der Begriff des Ikonoklasmus vor allem durch den Konflikt zwischen Gegnern und Befürwortern der Verehrung von Ikonen im frühen Byzantinischen Reich bzw.

durch die entschiedene Ablehnung der in der Alten Kirche (und im Katholizismus bis heute) so beliebten Darstellung Christi und der Heiligen seitens der Reformierten in der Frühen Neuzeit. Besagtes Bildverbot ist somit eine Eigenart des Monotheismus, die überdies im Judentum und Islam noch strenger gehandhabt wird als in den christlichen Kirchen. So gesehen wurde Mose durch seine Zertrümmerung des Goldenen Kalbes zum ersten Ikonoklasten der Geschichte.

Von hier ist es nicht mehr weit zum politischen Ikonoklasmus oder Denkmalsturz, der sich allgemein gegen die Verehrung falscher Götzen nicht nur im religiösen Bereich richtet. Und damit sind wir bereits bei einer Praxis, die vermutlich schon vor dem Aufkommen des Monotheismus bzw. auch in anderen Kulturen gang und gäbe war, nämlich bei der Auslöschung an die Erinnerung unliebsamer Zeugnisse oder Symbole der Vergangenheit. Die Antike kannte bereits die *abolitio nominis*, d.h. die offizielle Tilgung des Andenkens an unliebsam gewordene Personen durch die Löschung des Namens des Betroffenen aus den Annalen und die Zerstörung sämtlicher Erinnerungen an ihn (wie Grabsteine, Statuen oder öffentliche Inschriften).



Ikonoklasmus scheint prinzipiell also nichts weiter zu sein als ein inhärentes Element dessen, was wir Geschichte nennen.



Dieser *damnatio memoriae* fielen neben mehreren römischen Kaisern beispielsweise auch die ägyptischen Herrscher Hatschepsut und Echnaton zum Opfer. Pharaonen löschten überhaupt gerne die Namen von Vorgängern an den von jenen errichteten Bauwerken, um diese dann als ihre eigenen ausgeben zu können. Die frühen Christen im untergehenden Römischen Reich wiederum führten sich gegenüber den Zeugnissen antiker Kunst ähnlich rabiat auf wie der „Islamische Staat“ und die Taliban heute gegenüber den Hinterlassenschaften der babylonischen und assyrischen bzw. buddhistischen Kulturen. Das demonstrative Umhacken von heidnischen Gottheiten geweihten Bäumen durch christliche Missionare im mittelalterlichen Europa gehört ebenfalls in diese Kategorie. Und auch die Konstruktion mittelalterlicher Bauten aus dem Material römischer Ruinen und die gnadenlose „Barockisierung“ romanischer und gotischer Kirchen ist im Grunde eine kunstgeschichtliche Entsorgung der Vergangenheit.

Ikonoklasmus scheint prinzipiell also nichts weiter zu sein als ein inhärentes Element dessen, was wir Geschichte nennen, also von Veränderungen im menschlichen Dasein, die sich zumeist langsam, über Jahrhunderte oder gar Jahrtausende entwickeln, bisweilen aber auch relativ schnell vor sich gehen können. Manche dieser Veränderungen, ob sie nun schleppend wie der Übergang zur Landwirtschaft, oder jäh wie die Digitalisierung, vorgehen, können früher oder später die gesamte Menschheit betreffen, während andere, wie etwa die Aufklärung, sich nur auf eine bestimmte Kultur beziehen.



Damnatio memoriae an Pharaonen-Sarkophag

In der Regel verlaufen diese Veränderungen so, dass es die Zeitgenossen gar nicht bemerken. Kein Mensch ist etwa am 1. Jänner 1500 mit dem Gedanken „Jetzt leben wir in der Renaissance!“ aufgewacht, und auch sogenannte Revolutionen sind meist bloß ein Fanal, in dem eine schon länger anhaltende Entwicklung schließlich dramatisch gipfelt, wie im Falle der Amerikanischen Revolution. Bei den radikaleren Revolutionen waren es wiederum nur die gemäßigten Errungenschaften,

die Bestand hatten – bei der Französischen Revolution der nationale Verfassungsstaat mit Freiheits- und Bürgerrechten, aber nicht der institutionalisierte Terror; von der Russischen Oktoberrevolution blieb die unter schwersten Opfern erzwungene Industrialisierung und die Modernisierung der rückständigen russischen Gesellschaft, aber ein „neuer Mensch“ wurde nicht erschaffen, da der Zug der europäischen Geschichte längst in diese Richtung abgelenkt war.

Dies ist der Ablauf des historischen Prozesses, wo sich eine Schicht über die andere legt – obwohl etymologisch der Begriff „Geschichte“ mit dem althochdeutsch *scehan* (= sich durch höhere Schickung ereignen) eine andere Wurzel hat als die „Schicht“ (von mittelhochdeutsch *schicht*) im Sinne von übereinander liegenden flächenhaften Ausdehnungen. Jede neue Schicht bringt mit sich eine neue Sichtweise auf die Vergangenheit. „Die“ eine Geschichte gibt es nicht, sondern Geschichte ist immer das, was wir in der Gegenwart aus der Vergangenheit machen oder, zynischer, die Lüge, auf die man sich geeinigt hat (dieser Ausspruch wird Voltaire, Napoleon und Wellington zugeschrieben).



*„Die“ eine Geschichte gibt es nicht, sondern Geschichte ist immer das,
was wir in der Gegenwart aus der Vergangenheit machen.*



Sind somit auch jene aktuellen Geschehnisse bloß Begleiterscheinungen eines nur in eine Richtung dahinströmenden historischen Prozesses, gegen den jeder Widerstand sinnlos ist?

Der zeitgeschichtliche Kontext

Um diese Frage beantworten zu können, sollte man zunächst einige Differenzierungen im Umgang mit Denkmälern vornehmen: Es besteht ein Unterschied zwischen der unbewussten, „unschuldigen“ Entfernung von Überresten der Vergangenheit und jener, die absichtlich und in vollem Bewusstsein einen Bruch mit der Vergangenheit zugunsten einer neuen und vermeintlich besseren Weltsicht herbeiführen will. Weiters muss man unterscheiden zwischen Entfernungen, bei denen die entfernende Kultur selbst dann Bestand hat (wie beim Fällen heidnischer Baumheiligtümer durch christliche Missionare) und jenen, bei denen die Entferner mit- samt ihren eigenen Denkmälern irgendwann selber wieder entfernt wurden (wie in den Fällen der Nationalsozialisten und Bolschewiken). Das jetzige Geschehen fällt mit Sicherheit unter den bewussten Bruch, wobei der Ausgang natürlich noch nicht abzusehen ist. Meines Erachtens gibt es jedoch gute Gründe, sich diesem Vorgang zu widersetzen.

Zunächst gibt es bei der Auseinandersetzung mit einer unliebsamen Vergangenheit ja auch die Möglichkeit, deren Denkmäler überhaupt nicht zu entfernen, wie es beim Übergang von der Monarchie zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland und Österreich nach 1918 der Fall war. Dieser historische Triumph lässt sich mit einem republikanischen Bundeskanzler vor dem Porträt eines habs-



Ikonoklasmus-Spuren am Utrechter Dom

burgischen Herrschers schließlich auch viel eindrucksvoller darstellen (oder durch neue Denkmäler, wie das Denkmal für die österreichischen Republikgründer, das dann seinerseits vom Ständestaat wieder verhüllt wurde). Insgesamt zeigt diese Möglichkeit eine Sensibilität für das historische Gewachsene, sowie dass man trotz eines tiefgreifenden Wandels immer noch auf den Schultern der Vorfahren steht und dass nicht alles an der Vergangenheit schlecht war.

Das beliebte Gegenargument, dass ja auch nur wenige etwas gegen die Entfernung der Denkmäler der Nationalsozialisten und Bolschewiken einzuwenden haben, geht ins Leere: Diese Bewegungen kamen abrupt in revolutionär anmutenden bis offen gewaltsamen Prozessen an die Macht, und zwar mit dem Vorsatz, die Gesellschaft teilweise gegen deren Willen massiv umzugestalten und nichts weniger als einen „neuen Menschen“ (die einen nach rassischen, die anderen nach marxistischen Grundsätzen) zu erschaffen, wodurch sie letztlich die ganze Welt erlösen wollten. Die Massenmorde, die zur Umsetzung dieser Utopien notwendig waren, ergaben sich also direkt aus der Ideologie von Nationalsozialismus und Bolschewismus und wurden von deren Anführern bewusst angeordnet. Beide wurden für historische Verhältnisse beinahe ebenso abrupt wieder entfernt, wie sie an die Macht gekommen waren, und wenn irgendetwas anderes als Verdienst dieser Ideologien gewertet werden könnte, so stehen sie historisch dennoch primär für unzählige Morde und Grausamkeiten. Es ist daher nur logisch, dass deren Denkmäler gleich mitentsorgt wurden. Das kann aber eben nicht auf die



Bildersturm in einer Kirche, 20. August 1566; Michiel Colijn, Amsterdam 1621-1622

Denkmäler für Kolumbus, Jefferson, Lueger und Churchill übertragen werden, womit wir beim Kern der Sache wären.

Freilich, die „Entdeckung Amerikas“ hat zu unermesslichem Leid der Urbevölkerung und der Ausweitung des Sklavenhandels in die „Neue Welt“ geführt. Kolumbus selbst war zwar ein ruchloser Unternehmer, aber nicht der Erfinder der Sklaverei. Auch haben die Konquistadoren die Pocken und andere Krankheiten nicht absichtlich eingeschleppt, um dadurch geschätzt bis zu 90 Prozent der Urbevölkerung zu infizieren und umzubringen. Andererseits führte der Export überaus nahrhafter amerikanischer Kulturpflanzen wie Kartoffeln, Bohnen und Mais zu einem enormen Bevölkerungswachstum

im Rest der Welt. Somit ging der „Kolumbianische Austausch“ eindeutig zu Lasten der amerikanischen Ureinwohner und versklavten Afrikaner, während alle anderen Menschen davon profitierten. Das mag vom menschlichen Standpunkt bedauerlich sein, aber Geschichte hat in diesem Sinne keine Moral. Wenn die Araber oder Chinesen Amerika kolonisiert hätten, wäre genau das Gleiche passiert. Es zeugt also von einem eigenartigen Geschichtsverständnis, wenn junge Menschen in Europa von „Globalisierung“ faseln und nach der *Fridays-for-Future*-Demonstration Pommes Frites bei *McDonald's* verzehren, aber gleichzeitig nicht begreifen, dass Kolumbus' Entdeckung mitsamt ihren Folgen ebenfalls nur einen bedeutsamen Schritt in der schon



Bildersturm in der Liebfrauenkathedrale, Antwerpen, 21. August 1566; G. Bouttats

seit Anbeginn der menschlichen Geschichte ablaufenden Globalisierung, ohne die es gar keine Pomes Frites in Europa gäbe, darstellt.

Keine Frage, es ist sicherlich ein nur schwer auflösbares Paradoxon, dass fast alle Gründerväter der Vereinigten Staaten von Amerika im Besitz von Sklaven waren, aber es muss wohl kaum extra betont werden, dass die Denkmäler für George Washington, Thomas Jefferson oder Benjamin Franklin auch nicht deren erfolgreiche Tätigkeit als Plantagenbesitzer rühmen sollen. Genauso gut könnte man verlangen, alle Denkmäler vor 1920 generell niederzureißen, da erst in jenem Jahr das unbeschränkte Frauenwahlrecht in den USA eingeführt worden ist. Komplizierter verhält es sich freilich mit den politi-

schen und militärischen Anführern der Konföderierten Staaten von Amerika. Die Sezession erfolgte ja nicht wegen abstrakter *States' rights*, sondern diese wurden angerufen, um einen bestimmten *Southern way of life*, der wirtschaftlich nun einmal auf Sklavenhaltung basierte, zu bewahren. Zwar mögen die Denkmäler während einer Periode errichtet worden sein, in der sich die Weißen in Nord und Süd quasi auf Kosten der Schwarzen wieder versöhnten, doch sollen ja auch sie nicht die Sklaverei an sich rühmen, sondern die Soldaten und deren Anführer, die für ihre Ehre und Heimat gekämpft haben. Im Krieg entwickelt sich die Solidarität mit der Kampfgemeinschaft ohnehin zur stärksten Motivation, und zwei Drittel der Soldaten waren nicht



einmal Sklavenhalter. Der nächste Schritt wäre dann, amerikanische Gefallene des Zweiten Weltkriegs nicht mehr zu ehren, weil in den Südstaaten damals noch Rassentrennung geherrscht hat.

Hans Sloane erhielt seine Büste im *British Museum* nicht, um ihn dafür zu preisen, dass sich sein Vermögen maßgeblich aus den Erträgen der jamaikanischen Zuckerrohrplantagen seiner Frau zusammensetzte, sondern weil seine Sammlungen den Grundstock des Museums bildeten. Wem ist mit der Maßnahme geholfen, dass seine historische Rolle nun in einer eigenen Vitrine „kontextualisiert“

wird? Würde man eine wirklich substantielle historische Wiedergutmachung betreiben wollen, müsste man die Bestände des Museums an die Kulturen zurückgeben, denen sie vom *British Empire* weggenommen wurden, aber das geschieht natürlich nicht, weil jeder weiß, dass sie in London allemal besser aufgehoben sind als in diesen Ländern.

Es ist jedenfalls bezeichnend für das Niveau der Debatte, dass vorgeblichen Geistesgrößen wie Robert Menasse zu Karl Lueger nichts Anderes als „Antisemitismus“ einfällt und dass geradezu so getan wird, als hätte Lueger den Holocaust angeordnet. Luegers antisemitische Rhetorik hin oder her, Hitler selbst – als dessen Lehrmeister Lueger ja aufgrund seiner Erwähnung in *Mein Kampf* gerne bezeichnet wird – macht in ebenjenem Buch klar, dass Lueger zwar ein begnadeter Massenführer gewesen sei, aber das Wesen des Antisemitismus völlig verkannt habe, während er den Rassen-Antisemitismus eines Georg Ritter von Schönerer, der wiederum als politischer Führer gescheitert sei, in den allerhöchsten Tönen lobt. Nicht einmal ein Freispruch seitens des Großmeisters des Rassismus kann aber



„Nieder mit dem Adler!“, 1917, aus: Der Große Krieg in Karten und Bildern.

Lueger, dessen Denkmal ihn als einen der bedeutendsten Kommunalpolitiker der Geschichte ehrt, vor der Verdammnis retten. Dass das „Rote Wien“ im Wesentlichen nur eine Fortsetzung des Reformwerks Luegers war, fällt bei allem ohnehin unter den Tisch.

Nicht anders wurde und wird auch eine Persönlichkeit wie Winston Churchill als der Mann geehrt, unter dessen Führung Großbritannien als ein Sieger des Zweiten Weltkriegs hervorgegangen ist, und nicht, weil er auch ein überzeugter Imperialist war. War es nicht gerade diese Überanstrengung Großbritanniens, die

wie bereits nach dem Ersten Weltkrieg das Britische Weltreich derart erschütterte, dass die nach 1945 rasant voranschreitende Dekolonisation schließlich zu seinem Ende führen musste? Eigentlich müssten daher gerade Antirassisten jenem Churchill, Sieger im Kampf gegen den NS-Staat – und das noch dazu um den Preis der Kolonien! – dafür ein Denkmal setzen.

Das Ziel hinter den Zielen

Es ist aber gar nicht so sehr die Simplizität oder das historische Unwissen in all diesen Fällen, das so erschreckt. Erschreckend ist vielmehr eine mögliche Antwort auf die Frage, was wirklich hinter alledem stecken könnte. Denn alle Denkmäler in der gegenständlichen Debatte haben eines gemeinsam: nämlich dass sie an Ereignisse, Errungenschaften und Werte erinnern, die maßgeblich zur Entwicklung der westlichen Kultur beigetragen haben oder sich aus anderen Gründen ins kollektive Gedächtnis eingebraunt haben. Dass dabei auch negative Facetten dieser Kultur mitschwingen, liegt in der



Natur der Sache. Es gibt aber keine „gute“ und „böse“ Geschichte. Geschichte ist immer eine Einheit, im Guten wie im Schlechten. Simpel ausgedrückt war es halt nun einmal so, dass sich die Verfasser der Unabhängigkeitserklärung Sklaven hielten oder England auch durch den Sklavenhandel reich wurde.

Wenn man aber nun daran geht, *einen* negativen Aspekt, wie z.B. Rassismus, unter Berücksichtigung der *heutzutage* geltenden moralischen Befindlichkeiten und völlig inflationären Definitionen als Anlass für die Entfernung gewisser Denkmäler heranzuziehen,

so handelt es sich dabei um eine krasse Geschichtsfälschung, da ja auch die positiven Aspekte, die die eigentlichen Gründe für deren Errichtung waren, dem Vergessen – zumindest einmal symbolisch – anheimfallen würden. Und genau *darum* geht es bei diesem Denkmalssturm, welcher dazu beitragen soll, die positive Erinnerung an die westliche Kultur auszulöschen und jeden positiven Gedanken daran höchstens noch nach einer Unterwerfungsgeste unter die Moral des Zeitgeistes zuzulassen.

Wer könnte ein solches Interesse haben? Da muss man sich nur ansehen, welche Kräfte dahinterstehen. Die Anführer der *Black-Lives-Matter*-Bewegung sind erklärte Marxisten, die unverblümten schwarzen Rassismus predigen und die Zerstörung der Familie als Keimzelle der Gesellschaft fordern – und auch alle anderen Initiativen werden von der linkslinken Intelligentsia und Studentenschaft getragen. Der Geist des Marxismus weht also wieder einmal durch die Geschichte und er hat einen tödlichen Hass auf alles, was die westliche Kultur ausmacht: Kapitalismus, Nationalstaat, Bürgertum, Freiheit, Familie und (christliche) Religion. Überdies handelt



Die Plünderung Roms durch die Vandalen;
Joseph-Noël Sylvestre, 1890

es sich bei dieser Kultur um eine immense Erfolgsgeschichte: Das wird zwar gerne relativiert unter Verweis auf diverse (und äußerst wichtige!) Leistungen etwa der indischen, chinesischen und islamischen Kultur, aber wenige sind sich bewusst, was der Westen alles seit seinem um 1500 herum begonnenen Aufstieg hervorgebracht hat.

Kann man sich die Welt vorstellen ohne Industrialisierung, Mechanisierung und Motorisierung, Elektrizität, Atomkraft, künstliche Dünger, Internet, Film, Radio und Fernsehen, Autos, Flugzeuge, Massenmedien, Sport-

veranstaltungen, Psychoanalyse, moderne Medizin, Impfstoffe, Genetik, klassische Musik und perspektivische Malerei – ohne Konzepte wie Demokratie, Frauenemanzipation, Menschenrechte, Nation, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, Natur und Tierschutz? Sogar der Marxismus selber ist ein westliches Konzept, chinesische Politiker tragen Anzüge mit Krawatten, während islamische Terroristen Mobiltelefone benutzen und Coca Cola trinken. Die heutige Welt ist also durchgehend westlich geprägt und ohne Kolumbus wäre ein Gutteil davon niemals passiert. Die „Kette des Kolumbus“, um mit Friedrich Hebbel zu sprechen, klirrt also in der Tat „vernehmlich genug durch die Geschichte hindurch“.

Vor allem aber hat der kapitalistische Westen eines erschaffen, nämlich eine de facto klassenlose Gesellschaft, also das Kernziel des Marxismus. Natürlich besitzt wie seit jeher in der Geschichte eine kleine Machelite mehr als alle anderen Menschen zusammen, aber jenes „Proletariat“, das laut Marx mit wissenschaftlicher Bestimmtheit die ganze Menschheit erlösen sollte, ist weitgehend verschwunden. Und wo der Proletarier noch existiert,



wählt er nationale Parteien. Daher der Hass aller Alt-, Neo- und Krypto-Marxisten auf ein System, das, anstatt unterzugehen, immer noch weitaus erfolgreicher ist als alle sozialistischen Experimente zusammen.

Doch heute wittern die Marxisten Morgenluft, da der Westen aus seiner nunmehr schon über



Abgerissene Porträts der russischen Zaren während der Revolution, 1917

einhundertjährigen Sinnkrise einfach nicht herausfindet, in die er just am Höhepunkt seines Erfolges gegen Ende des 19. Jahrhunderts gefallen war. Damals begannen Kulturkritiker den seelenlosen Materialismus, den übertriebenen Rationalismus, die moralische Engstirnigkeit und die Verflachung der Kunst in der liberal-kapitalistischen Welt, die es zu einem noch nie dagewesenen kulturellen und wissenschaftlichen Höhenflug gebracht und sich praktisch die gesamte Welt unterworfen hatte, zu beklagen. Die Katastrophe des Ersten Weltkriegs, dessen elementare Erfahrung anfänglich noch als Ausbruchserlebnis aus der muffigen Welt der Bourgeoisie begrüßt worden war, vertiefte die Sinnkrise nur noch mehr. Der abermalige Versuch, diese Krise durch radikal neue Ideen zu überwinden, führte zu Faschismus, Nationalsozialismus und Bolschewismus, die allesamt scheiterten.

Der Sieg des westlichen Liberalismus 1945 bzw. 1989 war aber nur ein vermeintlicher, denn die Verunsicherung über die westlichen Werte besteht noch heute, wie die Unfähigkeit, mit der Waffe in der Hand für die eigenen Interessen eintreten zu wollen oder sich der Herausforderung durch den Islam entschlossen entgegenzustellen, beweist. Die radikale Linke benützt diese Willensschwäche, in-

dem sie demographische Veränderungen bewusst ignoriert, Parallelgesellschaften schönredet und die Masseneinwanderung in den Westen fördert, um aus der Bevölkerung der Dritten Welt ein neues Ersatzproletariat zu schaffen. Ihr permanentes Herumreiten auf den negativen Begleiterscheinungen

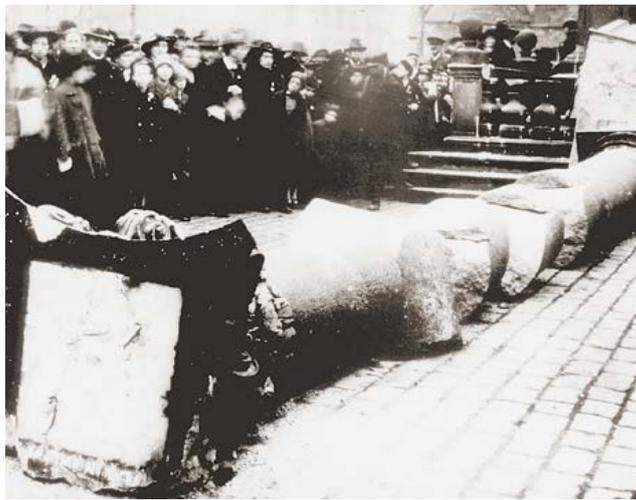
der westlichen Geschichte, unterstützt bzw. stillschweigend toleriert von de facto gleichgeschalteten Medien und Wissenschaftlern sowie der Feigheit der bürgerlichen Masse, zerstört mit unserem Selbstbewusstsein und Stolz letztlich auch alle Widerstandskraft.

Die Kapitulation des Westens

Die Strategie ist aufgrund der Einbahnstraßenlogik der vorgebrachten Argumente nur allzu leicht zu durchschauen. Sklaverei und Rassismus haben schon vor dem Aufstieg des Westens und auch (bis heute!) in anderen Kulturen existiert. (Lediglich der überseeische Kolonialismus scheint eine spezifisch westliche Form der Machtausübung gewesen zu sein, aber man darf davon ausgehen, dass sich andere Kulturen in einer ähnlichen Situation ebenso verhalten hätten.) Dennoch zählt nicht-weißer Rassismus nicht als solcher. Niemand verlangt eine Entschuldigung für die jahrhundertlange Sklaverei seitens der Araber. Religiöser Fanatismus im Islam darf nicht kritisiert werden, während die christlichen Kirchen schon nicht mehr wissen, wie sie ihr schlechtes Gewissen kompensieren sowie ihre Welt-offenheit demonstrieren sollen.



Offenkundig sollen sich nur die Weißen, die nicht irgendeiner linken Ideologie frönen, ihrer Geschichte schämen. Wie in den diesbezüglich prophetischen Dystopien von Aldous Huxley und George Orwell wird zunächst die Geschichte gelöscht, um sie dann neu zu schreiben. Vorreiter ist die Bundesrepublik



Umgestürzte Mariensäule in Prag, zerstört 1918 als Symbol der Monarchie

Deutschland, wo anstelle des traditionellen Volkstumsbegriffs eine neue deutsche Identität heute ausschließlich auf dem aus zwölf Jahren „Drittes Reich“ resultierenden Schuldkomplex aufgebaut und alles davor auf eine Art „Prä-Faschismus“ reduziert wird. Nicht umsonst repräsentiert Deutschland wie kein anderes Land die Krise des Westens.

Aber was sind nun die Auswege aus der gegenwärtigen Situation? Die eine Variante wäre, dass ein Erstarken hypernationalistischer Kräfte bevorsteht, die am Ende in Diktatur und Bürgerkrieg einmünden könnten. Eine zweite Variante wäre eine Machtübernahme der Marxisten, zunächst durch Infiltration und innere Zermürbung von Staat und Gesellschaft, aber mit einer jederzeit zum Losschlagen bereiten importierten Revolutionsarmee an ihrer Seite. Ich sehe für freiheitliche Gesinnte nur den einen gangbaren, dritten Weg: nämlich die Wiederbesinnung auf die westlichen Werte, also einen konsequenten Nationalliberalismus. Die westlichen Errungenschaften sind einfach viel zu wertvoll, als dass man sie jetzt einfach kampflos aufgeben dürfte. Deshalb versucht ja der Rest der Welt, den Westen zu kopieren! Daher will der Rest der Welt nach Europa und Amerika migrieren! Ja und vor allem diejenigen, die innerhalb der westlichen Gesell-

schaft am lautesten schreien, leben in ihr am besten. Oder glauben Klima-, Antifa-, Antirassismus- Gender- und LGBT-Aktivistinnen wirklich, dass sie in Arabien oder Afrika besser aufgehoben wären?

Wer Kolumbus-Denkmäler stürzen will, um damit den Kolonialismus anzuprangern, der dürfte

sich in Wahrheit wünschen, dass die USA nicht existieren würden. Wer Denkmäler von Prinz Eugen aus dem lachhaften Grund stürzen will, weil im Dritten Reich eine SS-Division nach ihm benannt wurde, der hätte vermutlich kein Problem damit, wenn Europa an die Türken gefallen wäre. Wer Statuen von Thomas Jefferson wegen dessen Besitz von Sklaven stürzen will, dem bedeutet in Wahrheit die Unabhängigkeitserklärung nichts. Wer Denkmäler von Profiteuren der Sklaverei wie Edward Colston und Hans Sloane stürzen will, der hätte es wohl am liebsten, wenn der Westen seinen ganzen Reichtum an die Dritte Welt verschenken würde. Wer Robert E. Lee stürzen will, ist höchstwahrscheinlich der Meinung, dass westliche Soldaten immer nur für die falsche Sache gekämpft hätten. Wer Lueger wegen dessen Antisemitismus stürzen will, hat wohl eher ein grundsätzliches Problem mit bürgerlicher Politik. Wer den Imperialisten Churchill nicht will, der will auch keine parlamentarische Demokratie.

Was sich die Gegner dieser Denkmäler wünschen, ist nichts anderes als eine marxistische Revolution. Ist das übertrieben? Manches erscheint so vielleicht. Aber 1492 hätte auch niemand gedacht, dass der Mensch einst von Amerika aus zum Mond fliegen würde.

Das noble Experiment

Von Arnulf Helperstorfer



Als vor einhundert Jahren die Prohibition in den USA begann, rechneten weder Befürworter noch Gegner mit ihrer kurzen Dauer. Die Prohibition hätte die Gesellschaft nachhaltig zum Besseren verändern sollen; doch die tatsächlichen, gravierenden Veränderungen waren oftmals keineswegs im Sinn der „Drys“, wie die Prohibitionsbefürworter genannt wurden. Die modernen USA entstanden im Kampf um die Prohibition, während der Prohibition und teilweise durch die Prohibition.

Die Amerikaner waren im 19. Jahrhundert „boozer“, echte Säufer. Hochgerechnet rund 1,7 Liter 40-prozentigen Alkohols trank jeder Amerikaner um 1830 pro Woche im Durchschnitt; 1810 gab es in den USA rund 14.000 Destillieren, Tendenz steigend. Der Alkoholkonsum zog sich durch alle Schichten, noble Bürger sofften auf Banketten, einfache Arbeiter in billigen Kaschemmen. Die wenigsten Farmer gingen nüchtern aufs Feld. Auf Grund der besseren Haltbarkeit wurden vor allem starke Getränke wie schwere Weine, Liköre und insbesondere alle erdenklichen Sorten an Branntweinen konsumiert. Die Konsumenten waren der damaligen Gesellschaftsordnung entsprechend vor allem Männer – eine Tatsache, die pikanterweise gerade die Prohibition ändern sollte.

Die sozialen Folgen waren teilweise gravierend: Verarmte Familien, häusliche Gewalt, Kinder ohne Väter waren Auswüchse des grassierenden Alkoholismus. Die Hauptleidtragenden dieser Verhältnisse waren Frauen, die später zu einer der wichtigsten Stützen der Prohibitionsbewegung werden sollten. Gleichzeitig entstand in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine evangelikal-protestantische Bewegung, die als *Second Great Awakening* bezeichnet wird. Diese führte nicht nur zu einer religiösen Erneuerung und zur Gründung einer Vielzahl

christlicher Gemeinschaften. Zwei Anliegen standen ganz oben auf der Agenda der als *Benevolent Empire* bezeichneten Gruppen: die Abschaffung der Sklaverei und der Kampf gegen den Alkoholismus. Neben diesen religiös geprägten Alkoholgegnern gründeten 1840 außerdem sechs Alkoholiker die *Washingtonians*, die sich gegenseitig bei ihrer Abstinenz helfen wollten und damit viele Aspekte moderner Suchthilfegruppen vorwegnahmen.

Der anfänglichen Forderung nach Mäßigung im Umgang mit Alkohol, der der *Temperenzbewegung* ihren Namen gab, folgte bald der Ruf nach einem Totalverbot von Alkohol. Ihre ersten Erfolge errangen diese frühen Prohibitionsbefürworter mit der Prohibition in einzelnen Bundesstaaten, sodass es bis 1855 dreizehn trockene Staaten in den USA gab. Dabei zeigten sich schnell die enormen Probleme, die ein vollständiges Alkoholverbot mit sich brachte. Vor allem Städter, Arbeiter und Einwanderergruppen wie Deutsche und Iren lehnten die Prohibition ab und fanden schnell Wege, sich über illegale Wege mit Alkohol zu versorgen. Die meisten Gesetze ließen sich kaum durchsetzen und wurden immer wieder aufgehoben, wenn sich die politischen Verhältnisse änderten.

Dennoch erreichte die frühe *Temperenzbewegung* einen signifikanten Rückgang des Alkoholkonsums

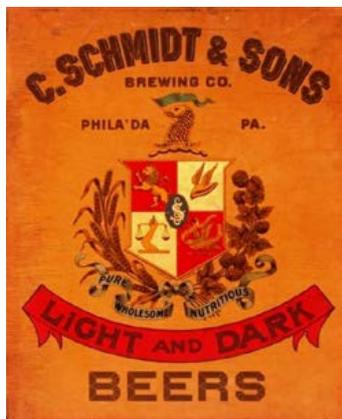


Im Gegensatz zur Mehrheit der Politiker des zu Ende gehenden „Vergoldeten Zeitalters“ waren die Progressiven klare Anhänger von staatlichen Interventionen in Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft, um so eine allgemeine Verbesserung der Verhältnisse zu erreichen.



in den USA. Ab den 1850er-Jahren überschattete die Frage der Sklavenhaltung sowie der bundesstaatlichen Rechte die Prohibitionsdebatte. Erst nach dem Bürgerkrieg und der *Reconstruction Era* nahm die *Temperanzbewegung* wieder Fahrt auf.

Drys, Wet-Drys und Dry-Wets



Sowohl die Befürworter der Prohibition, die Drys, als auch ihre Gegner, die Wets, waren von ihrer politischen Ausrichtung oder ihrer sozialen und ethnischen Herkunft her äußerst heterogen. Gleichwohl verstanden es die Drys deutlich besser, sich zu organisieren und ihre Anliegen politisch durchzusetzen. Die erste landesweite, später internationale Bewegung zur Durchsetzung der Prohibition war die *Woman's Christian Temperance Union (WCTU)*, gegründet 1874. Sie fasste verschiedene Frauengruppen zusammen, die bereits vorher aktiv gegen den Alkoholkonsum und insbesondere gegen dessen Verkörperung, die Saloons, vorgegangen waren. Mit Gebeten und religiösen Gesängen vor Saloons konnten sie in den beginnenden 1870er Jahren erste Erfolge erzielen, die jedoch lokal begrenzt und kurzlebig blieben. Eine ihrer Aktivistinnen, Carry Nation, war bekannt dafür, mit einer Axt bewaffnet Schnapsflaschen, Bierfässern und der Einrichtung der Saloons zu Leibe zu rücken.

Als Erbin des Sozialreformismus des *Social Gospel* der Erweckungsbewegungen stand die WCTU

ganz im Zeichen des aufkommenden Progressivismus in den USA. Das Programm der WCTU ging weit über die Forderung nach Prohibition hinaus und umfasste die Forderungen nach Frauenwahlrecht, sozialen Reformen, Kampf gegen Korruption und den Einfluss von Industriemagnaten auf die Politik. Im Gegensatz zur Mehrheit der Politiker des zu Ende gehenden „Vergoldeten Zeitalters“ waren

die Progressiven klare Anhänger von staatlichen Interventionen in Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft, um so eine allgemeine Verbesserung der Verhältnisse zu erreichen. Dementsprechend bezeichnete sich die langjährige Vorsitzende der WCTU, Frances Willard, als „christliche Sozialistin“.

Gleichzeitig forderten die Progressiven eine Amerikanisierung der vielen Einwanderer und damit auch eine Abkehr von ihren mitgebrachten Trinkgewohnheiten. Die WCTU brandmarkte den Alkoholgenuß als typisch für Deutsche und Iren, später für andere Einwanderergruppen wie Italiener, Osteuropäer und Juden. Wie die Progressiven allgemein war auch die WCTU eine Organisation mehrheitlich weißer Mittelstandsangehöriger aus dem Norden und Mittleren Westen. Es waren aber nicht nur christlich geprägte Progressive, die sich für die Prohibition stark machten. Andere Sozialreformer, Eugeniker oder Sozialisten aller Art untermauerten ihre Forderung dem Zeitgeist entsprechend mit (mehr oder weniger) wissenschaftlichen



Argumenten, die ganz explizit eine neue, bessere Gesellschaft ohne Alkohol versprachen.

Mit ihrem sozialreformerischen Programm stieß die WCTU gerade im konservativen Süden auf wenig Anklang, obwohl es unter den weißen Südstaatlern viele Anhänger eines Alkoholverbotes gab. Vor allem die Vorstellung von unter Alkoholeinfluss marodierenden Schwarzen war ein Schreckgespenst. Zudem wurden die Alkoholproduzenten und -händler eben nicht ganz unzutreffend vor allem als Deutsche, Iren und Juden identifiziert, die allesamt keinen besonders guten Ruf im protestantisch-angelsächsischen Süden genossen. Für sich selbst sahen diese Südstaatler wie viele andere Prohibitionsbefürworter jedoch oft keine Notwendigkeit zur Abstinenz. Diese Gruppe wurde als Wet-Drys bezeichnet.

Ihnen standen die Dry-Wets gegenüber, die zwar selbst keinen Alkohol konsumierten, einer Prohibition jedoch skeptisch gegenüber standen. Einige wenige sahen die Probleme, die die Prohibition mit sich bringen würde, durchaus realistisch voraus. Vor allem im Süden war zudem ein allgemeines Misstrauen gegenüber dem Zentralstaat weit verbreitet, sodass Befürworter einer Prohibition auf Einzelstaatsebene einer bundesweiten Prohibition ablehnend gegenüberstanden. Im Zuge der Prohibitionskampagne sollten die meisten jedoch ihre Meinung ändern.

Die Anti-Saloon League

Bereits während ihrer ersten Welle in den 1850er-Jahren war die Prohibition in weiten Bevölkerungsgruppen unpopulär, wurde sie doch als massiver Eingriff in das Privatleben gesehen. Neben den Konsumenten waren es verständlicherweise die Alkoholproduzenten, die einem Alkoholverbot wenig abgewinnen konnten. Ihre mächtigste und einflussreichste Organisation war die *United States Brewers' Association*. Begünstigt durch neue Kühlmethoden und die Erfindung des Lagerbieres stiegen Bierbrauer wie Adolphus Busch, Frederick Pabst,

Joseph Schlitz oder Frederick Miller in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu mächtigen Großunternehmern auf, die ihren Reichtum auch gezielt in politische Macht umsetzten.

Die Brauer und die deutlich kleinere Vertretung der Wein- und Branntweinhersteller *National Wholesale Liquor Dealers Association of America* gründeten Zeitungen und Vereine, unterstützten und bestachen Politiker; sie betrieben Lobbying jeder Art, um ihre Interessen durchzusetzen. Als fünftgrößter Industriezweig der USA reichte ihr Einfluss weit, auch ein Großteil der Saloons war im Besitz der Brauer. Ihr größter Trumpf waren aber die von ihnen bezahlten Steuern, die einen unverzichtbaren Teil der Bundes- und Staatseinnahmen darstellten.

Um der Prohibition zum endgültigen Sieg zu verhelfen, brauchte es daher zweierlei: eine Organisation, die das Thema immer weiter vorantrieb, und ein einschneidendes Ereignis, um die letzten Widerstände hinwegzufegen. Die Organisation, die sich zu Recht einen Großteil des Prohibitionserfolges auf ihre Fahnen schreiben konnte, war die 1893 gegründete *Anti-Saloon League (ASL)*. Im Gegensatz zur WCTU konzentrierte sich die ASL ganz auf ein Ziel, die Prohibition. Damit konnte sie einen weiten Bogen von konservativen Südstaatlern über prohibitionsfreundliche Industrielle bis hin zu den Progressiven in beiden Parteien und den sozialreformatoren orientierten Frauenorganisationen spannen. Ihre Hauptstütze waren aber vor allem methodistische und baptistische Gemeinden, aus deren Reihen die meisten ihrer Aktivisten kamen und über deren Kirchen sie ihre Propaganda verbreiteten.

Die ASL setzte zunächst auf lokaler Ebene an, um Alkoholverbote in einzelnen *Counties* durchzusetzen. Dazu unterstützte sie *Local-Option*-Gesetzgebungen, die eine lokale Prohibition ermöglichten. Danach versuchte sie die Prohibition auf ganze Bundesstaaten auszudehnen. Gleichzeitig förderte sie jeden Politiker, egal welcher Partei, der sich für ihr Ziel einsetzte. Bei Wahlen konnte die ASL regelmäßig eine treue Anhängerschaft zwischen fünf



und zehn Prozent der Wähler mobilisieren, die dann oft den Ausschlag zwischen den Kandidaten gab. Am prohibitionsfeindlichen Gouverneur von Ohio, Myron Herrick, statuierte die ASL 1906 ein Exempel und verhinderte mit einer groß angelegten Kampagne seine Wiederwahl. Viele Politiker arrangierten sich danach allein aus Opportunitätsgründen mit der ASL, sodass die Anzahl an prohibitionsfreundlichen Mandataren auf allen Ebenen stark anstieg.

Abseits der Prohibitionsfrage engagierte sich die ASL nur für zwei Themen, die aber mit ihrem Hauptziel in Verbindung standen. Die Einführung einer Einkommenssteuer 1913 sollte die staatliche Abhängigkeit von den Alkoholabgaben beenden und das Frauenwahlrecht eine neue Schicht tendenziell prohibitionsfreundlicher Wähler erschließen. Mit dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg machte sich die ASL auch die einsetzende anti-deutsche Stimmung zunutze, um gegen die überwiegend deutsch-amerikanischen Brauereien zu hetzen. Als heimliche Verbündete des dämonisierten deutschen Kaisers unterliefen sie angeblich die amerikanischen Kriegsanstrengungen, indem sie die Bevölkerung mit ihren Produkten vergifteten und der Kriegswirtschaft wichtige Ressourcen entziehen würden.

Mit der Erklärung der Prohibition zur patriotischen Pflicht schafften ihre Befürworter den Durchbruch. Im August 1917 wurde der 18. Verfassungszusatz im Kongress eingebracht, bereits im Jänner 1919 hatte eine ausreichende Anzahl an Bundesstaaten den Verfassungszusatz ratifiziert, der Herstellung, Verkauf und Transport sowie Import und Export von berauschenden Getränken verbot. Aus zwei Gründen war die Verankerung der Prohibition in der Verfassung von besonderer Bedeutung: In den USA zeichnete sich ein demographischer Wandel ab, der den Prohibitionsgegnern in die Hände spielte. Die Bevölkerungszahl der großen Städte nahm durch Landflucht, Immigration und entsprechende Geburtenraten im Vergleich zum ländlichen Amerika immer mehr zu, so dass sich die politi-

schen Verhältnisse immer stärker zuungunsten der Drys entwickelten. Um eine baldige Aufhebung der Prohibition durch einen veränderten Kongress zu verhindern, musste das Gesetz unter den besonderen legislativen Schutz der Verfassung gestellt werden.

Neben diesen realpolitischen Erwägungen sollte der Verfassungsrang der Prohibition auf einer ideellen Ebene zur Durchsetzung verhelfen. Selbst den enthusiastischsten Drys war wohl bewusst, dass ein Gesetz allein keine tiefgreifende Verhaltensveränderung zu bewirken vermochte. Dazu muss man die besondere Stellung der Verfassung in der amerikanischen Gesellschaft in Betracht ziehen. Viel mehr als in Europa stellt die US-Verfassung für viele Bürger ein fast sakrales, eng mit dem Gründungsmythos der USA verwobenes Werk dar, dem große Verehrung entgegenbracht wurde und wird. Allein aus Achtung vor der Verfassung würden die meisten ehrbaren Bürger auf das Trinken verzichten, so die Hoffnung der Prohibitionsbefürworter. Außerdem sei ein Verstoß gegen die Prohibition als Angriff auf die Verfassung zu werten. Die ASL und ihre Verbündeten sahen durchaus realistisch, dass sie nur ein kleines Zeitfenster zur Verfügung hatten, um die Prohibition festzuschreiben. Zielstrebig nutzten sie ihre historische Chance.

Zwischen Bewahrung und Fortschritt

Der 18. Verfassungszusatz ist aber auch aus einem anderen Grund bemerkenswert: Er war der erste Verfassungszusatz, der die Rechte der Bürger gegenüber dem Staat nicht stärkte, sondern beschnitt, auch wenn die Drys ihn als befreiend vom Alkohol anpriesen. Wie in einem Brennglas zeigt diese Tatsache den paternalistischen Ansatz, der alle Prohibitionsbefürworter – von den ländlichen Konservativen über religiöse Sozialreformer bis hin zu Progressiven und Sozialisten – einte.

Das Amendment, bestehend aus nur drei Sätzen, sagte selbst noch nichts über die genauere



Einige wollten die alten USA gegen Unsitten verteidigen, andere ein neues Amerika auf der Basis ihrer Moral schaffen. Einige wollten die USA auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse moderner umgestalten, andere den unchristlichen Alkoholkonsum bekämpfen. Allen war aber gemeinsam, dass sie dazu in den persönlichen Lebensbereich der Bürger einzugreifen bereit waren.



Ausgestaltung der Prohibition aus. Dazu diente der *National Prohibition Act*, besser bekannt als *Volstead Act*, benannt nach dem republikanischen Abgeordneten Andrew Volstead. Angesichts ihres Triumphes wollten die Drys jetzt auch ein Durchführungsgesetz, das ihren Vorstellungen einer staubtrockenen USA entsprach. Die Grenze, ab der ein Getränk als berauschend galt, wurde bei 0,5 Prozent gesetzt. Die Hoffnung vieler Amerikaner, darunter auch moderater Drys, dass nur Hochprozentiges verboten, Bier und leichte Weine aber erlaubt blieben, wurde damit enttäuscht. Dennoch mussten die Verfasser einige wenige Zugeständnisse machen: Alkoholika zu religiösen und medizinischen Zwecken blieben ebenso erlaubt wie bereits bestehende private Vorräte, und aus Rücksichtnahme auf ihre Unterstützer aus ländlichen Gebieten durfte weiterhin Cider aus Äpfeln produziert werden.

Insgesamt setzten die Prohibitionsbefürworter bei der Ausformulierung des *Volstead Acts* aber auf eine möglichst harte Linie. Sowohl die de facto Enteignung von Vermögen in Milliardenhöhe (Brauereien, Destillieren, Getränkelager) als auch die massiven Eingriffe in die Privatsphäre der Bürger zur Verfolgung illegaler Herstellung und des Schmuggels erforderten einige juristische Kunstgriffe. Daneben verschob die Prohibition das Machtverhältnis zwischen Einzelstaaten und Bund hin zu letzterem. Zur ihrer Durchsetzung sah der *Volstead Act* die



Schaffung des *Bureau of Prohibition* vor, dessen bekanntester Agent Elliot Ness werden sollte.

All dies konnte letztlich nur durch ein äußerst inhomogenes Bündnis erreicht werden. Dementsprechend unterschiedlich waren auch die Erwartungen an dieses „noble Experiment“, wie es Präsident Herbert Hoover nannte. Einige wollten die alten USA gegen Unsitten verteidigen, andere ein neues Amerika auf der Basis ihrer Moral schaffen. Einige wollten die USA auf Grundlage wissenschaftlicher

Erkenntnisse moderner umgestalten, andere den unchristlichen Alkoholkonsum bekämpfen. Allen war aber gemeinsam, dass sie dazu in den persönlichen Lebensbereich der Bürger einzugreifen bereit waren, um Sitten und Moral zu verbessern. Im Endeffekt sollten sie alle enttäuscht werden.

Die Prohibition war eines der größten sozialpolitischen Experimente des 20. Jahrhunderts; heute würde man von angewandter Sozialwissenschaft oder *Social Engineering* sprechen, wobei der englische Ausdruck eher den Kern trifft. Dieser erzieherische, paternalistische und auf Verbesserung der gesellschaftlichen Moral abzielende Politikansatz ist inzwischen wieder hochmodern und verleiht dem Phänomen der Prohibition auch 87 Jahre nach ihrem Ende erstaunliche Aktualität. Von ebensolcher Aktualität ist die Agitation für die Prohibition, die als vorbildhaft für moderne Politikampagnen angesehen werden kann.

Das Virus der Unfreiheit

Von Heimo Lepuschitz



Europa 2020: Ein gefährliches, ein zutiefst ansteckendes Virus schlägt Europa in seinen Bann und bedroht jeden einzelnen Bürger – die Unfreiheit. Wie schnell in Europas Demokratien wieder Ausgangssperren verhängt werden, wie leicht Grenzen geschlossen und private Kontakte verboten werden können! Polizisten, die Strafen verteilen, wenn man auf Parkbänken sitzt. Einschränkungen, die unsere älteren Mitbürger isolieren und unseren Kindern ordentliche Bildung verweigern. Maßnahmen, die primär Freizeit, Freunde und Familie als infektiös sehen, dann erst den Arbeitsplatz.

Verstehen Sie das nicht falsch, der Autor dieser Zeilen ist sich der Gefahr von COVID-19 absolut bewusst und unterstützt Vorsicht und Vernunft im Umgang mit dieser Krankheit. Und doch stellt sich immer die Frage der Verhältnismäßigkeit, der datenbasierten, professionellen Umsetzung und der Verfassungskonformität von Einschränkungen, jenseits der Verschwörungsfanatiker und Leugner. Wir Bürger können uns erwarten, dass man sich Maßnahmen, die unser aller Leben und Grundrechte einschränken, vorher überlegt, sie genau ausarbeitet, ihre Verfassungsmäßigkeit prüft und dann erst präsentiert. Das türkisgrüne Prinzip *Zuerst reden, dann überlegen!* ist zwar im Herbst krachend gescheitert, doch es schränkt uns unbeirrt ein. Gegen therapeutischen Autoritarismus hilft keine Impfung.

Auch der islamistische Terroranschlag in Wien hat gezeigt, dass derzeit PR- und umfragegetriebene Anlassgesetzgebung viel zu schnell genutzt wird, um jahrzehntelange Versäumnisse mit gefährlichen legislativen Ho-Ruck-Aktionen nachzuholen. Verfassung, Menschenrechtskonvention, Freiheits- und

Grundrechte sind auf einmal nicht mehr so wichtig, wenn es um den gut verkaufbaren Kampf „Gut gegen Böse“ geht. Selbstverständlich hat die Auseinandersetzung mit dem politischen Islam in größtmöglicher Entschlossenheit geführt zu werden. Dabei aber als geplanten Kollateralschaden alle unbequemen Meinungen und politischen Konkurrenten per Gesetz auszuschalten oder wenigstens zu überwachen, ist ein zu hoher Preis.

Still und heimlich hat beispielsweise Brüssel im Sog des Wiener Anschlages seine Pläne veröffentlicht, künftig alle Messenger-Dienste wie *WhatsApp* mittels Generalschlüssel für Behörden ohne richterliche Erlaubnis zugänglich zu machen. Das digitale Briefgeheimnis soll nichts mehr gelten. Die Ideale des Jahres 1848 sind damit heute verraten und verkauft. Ja, natürlich müssen und sollen auch Demokratien auf geänderte Bedrohungen reagieren, „liberal“ darf nicht als „lieberal“ ausgelegt werden. Nur Gesellschaften mit den Mitteln, sich zu wehren, überleben. Aber niemals darf das bewährte Prinzip der gegenseitigen Kontrolle der Institutionen aufgegeben werden, niemals darf an der Gewaltenteilung gerüttelt werden.

Seien wir besonders wachsam, wenn uns Grundrechtsverletzungen als Notwendigkeiten im „Namen des Guten“ verkauft werden. Die größten Dummheiten und Verbrechen der Geschichte sind immer im Namen einer sogenannten guten Sache oder einer Ideologie passiert. Aber Freiheits- und Grundrechte, Verfassung und Meinungsfreiheit sind die Schutzschilder der Bürger gegen Überwachungsstaat, Willkür und Repression. Die Freiheit verteidigt uns – aber nur, wenn WIR die Freiheit verteidigen.



Österreich

Donaueschingen, Narrenschiff der Gesellschaft Frohsinn, 1885
aus: Wulf Wager: Schwäbisch-alemannische Fasnet in alten Bildern

Quo vadis, ratio?

Von Laila Mirzo



Willkommen in der schönen neuen Welt! In einer Welt, in der die Freiheit weniger die Freiheit aller frisst. Was über Jahrhunderte Kirche und Krone blutig abgerungen, von Generationen von Philosophen und Denkern gedanklich erstritten, von unseren Großeltern und Urgroßeltern gesetzlich kodifiziert wurde, kommt nun auf die Müllkippe der Geschichte. Wer hätte gedacht, dass dies so schnell gehen kann? Mit einem Handstreich werden Grundrechte, allen voran die Meinungsfreiheit, erst relativiert, dann eingeschränkt und letztendlich ausgehebelt. Die Ratio wird durch die Hintertür verabschiedet.

Die sogenannte „Freie Welt“ demontiert sich von Tag zu Tag – und sie tut dies mit einer beängstigenden Bereitwilligkeit. Die „Aufklärung“ ist längst nur noch eine Worthülse (auch Kant, Voltaire, Rousseau usw. waren schließlich allesamt alte weiße Männer). Neue Dogmen werden geboren, mit Konformismus und Herdendenken macht man Karriere. Die Linke ist durch die Institutionen marschiert und sitzt an den neuralgischen Schlüsselpositionen der Republik, wie Bildung, wie Gesetzgebung usw. Hier kann sie den Boden für ihre Ideologie der Gleichmacherei bereiten.



*Wir erleben eine systematische Destabilisierung
bis zur kleinsten gesellschaftlichen Einheit, der Familie.*



Man setzt schon in der zwischenmenschlichen Kommunikation an: Die sogenannte „geschlechtergerechte“ Sprache hat es als Pseudowissenschaft in die Klassenzimmer und Hörsäle geschafft. Wir lernen, dass es nicht zwei Geschlechter gibt, sondern dutzende, wenn nicht gar hunderte. Du bist, was du denkst – es gibt nur mehr „Geschlechtsidentitäten“, und diese sollen in der Sprache mit Hilfe des Gender-Sternchens „typografisch“ sichtbar gemacht und einbezogen werden. So erleben wir immer neue Eskalationsstufen des Neusprechs: Mutter und

Vater werden zu Elternteil 1 und Elternteil 2, und nicht länger gibt es Studenten oder Studentinnen, nur noch gleichgeschaltete „Studierende“. Ein Blick auf die Studienfächer der Universitäten lässt aufhorchen: In Wien, Innsbruck und Graz kann man *Gender Studies*, Frauen- und Geschlechtergeschichte, *Gender, Culture and Social Change* oder interdisziplinäre Geschlechterstudien studieren. Wenn es nach diesen neuen Genderfunktionären an den Universitäten geht, sind Geschlechter nur ein soziales Konstrukt. Männer sind nunmehr „nichtstillende“ Menschen, Frauen alle, die sich danach fühlen.

Mitläufertum, Gehorsam, Denunziantentum – wenn das die Qualifikationen sind, dann sind wir heute ganz vorne mit dabei. Wir sind Moral- und Haltungsweltmeister, schließlich soll am deutschen Wesen die Welt genesen. In den Parlamenten werden anstelle essentieller Themen wie Altersarmut, Pflegegenotstand oder Mangel an bezahlbarem Wohnraum immer öfter Kulturkämpfe um Ideologien geführt.



Die Liebesnarrheit, unbekannter Künstler;
aus: Sebastian Brant - Das Narrenschiff

Klima, Genderismus, Rassismus oder Freiheitsbeschränkungen durch die Corona-Maßnahmen dominieren sowohl den öffentlichen als auch den privaten Diskurs. Den Begriff „Meinungsdiktatur“ sollte man nicht allzu leichtfertig gebrauchen, doch wer eine Meinung vertritt, muss sich heute für eine Seite entscheiden, denn unsere Gesellschaft ist in Lagern gespalten und der Riss geht sogar durch Familien und Freundeskreise. Es zerbrechen langjährige Bekanntschaften an lapidaren Themen. Ein Autokauf oder eine Flugreise kann zur Kündigung der

Freundschaft führen, die öffentliche Bekundung parteipolitischer Sympathie zum Jobverlust und zur gesellschaftlichen Ausgrenzung.

Wir erleben eine systematische Destabilisierung bis zur kleinsten gesellschaftlichen Einheit, der Familie. Die ältere Generation, unsere Großmütter und Großväter werden als „Umweltsäue“ beschimpft, die Kinder als Belastung für die Umwelt verteufelt. Im Namen der vermeintlichen Klimaretterei stellt man unverhohlen die Frage, ob es noch zu verantworten sei, ein Kind in die Welt zu setzen, schließlich ist Kinderkriegen heute die Klimasünde Nummer Eins. Laut schwedischen Forschern der Universität Lund könne jeder Einzelne durch eine vegetarische Ernährung den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid um jährlich 0,8 Tonnen reduzieren, wer auf das Auto verzichtet um immerhin schon 2,4 Tonnen, und wer ein Kind „einspart“ sogar um 58,6 Tonnen.

Kinder sind damit die größten „Klimakiller“, wir wissen also, wo die Reise hinget. Die Gemein-



Seit Jahren wird eine intensive „Identitätspolitik“ betrieben, die zu einer zunehmenden Fragmentierung der Gesellschaft geführt hat.



schaft wird separiert. Statt die Einheit zu stärken, werden die Unterschiede hervorgekehrt und betont. Geschlecht, sexuelle Orientierung, Hautfarbe und ethnokulturelle Herkunft werden zu Waffen in einem ideologischen Kulturkampf.

Die Identitätspolitik fördert Diskriminierung

Seit Jahren wird eine intensive „Identitätspolitik“ betrieben, die zu einer zunehmenden Fragmentierung der Gesellschaft geführt hat. Unsere Kinder bekommen nicht mehr beigebracht, dass



Die Unsinnigkeit, unbekannter Künstler;
aus: Sebastian Brant - Das Narrenschiff

sich Leistung und Fleiß lohnen, sondern wer das größte „Opfer“ ist, der kommt weiter. Gleichzeitig enteignen wir unsere Leistungsträger durch eine immer größer werdende Steuerlast. Die Anreize, Unternehmen zu gründen und Arbeitsplätze zu schaffen, werden immer weniger. Es ist bequemer und weitaus risikoärmer, sich in Mittelmäßigkeit zu üben und in der Masse der Banalitäten aufzugehen. Die Pole-Position ist nicht für die Besten reserviert, sondern für diejenigen, die am lautesten „Diskriminierung!“ rufen. Wenn sich alle aber am „Langsamsten“ der Herde orientieren, dann gibt es Stillstand und es bleiben alle auf der Strecke. Denn eine Solidargemeinschaft kann die schwächsten ihrer Mitglieder nur auffangen, wenn die Speerspitze stark ist.

Nach und nach etablieren sich Randgruppen-Kollektive, ein Darwinismus der Minderheiten. Es setzt eine Erosion des Leistungsprinzips ein, die mit Quotenregelungen ihre Agenda vorantreibt. Quoten werden mittlerweile nicht nur für Frauen gefordert,

sondern auch für Migranten und zwar explizit für Funktionen in der Politik. Unternehmen gehen Selbstverpflichtungen ein, um den Anteil migrantischer Mitarbeiter in Führungspositionen zu erhöhen. Auch bei Polizei und Militär sind ethnische Quotenregelungen ein großes Thema. Ob in der Werbung, im Film oder in sozialen Projekten, das Sichtbar-machen von Minderheiten wird mehr und mehr zur zentralen Agenda. Dabei scheint niemandem in den Sinn zu kommen, dass diese Vorgehensweise alles andere als „integrativ“ ist – ganz im Gegenteil: Es macht die Un-

terschiede sichtbar, die angeblich keine Unterschiede mehr sein dürften. Es wird ein Keil zwischen uns gerammt, es kommt nicht mehr auf die Gemeinsamkeiten an. In dieses Horn bläst auch die amerikanische Soziologin Robin DiAngelo, die an der *University of Washington* in Seattle lehrt und Kurse zu Antirassismus gibt. Bei einem Vortrag im März 2019 sagt DiAngelo, dass „Weiße, die ihre Mitmenschen eher als Individuen ansehen und nicht aufgrund ihrer Hautfarbe beurteilen, wirklich gefährlich sind“. Rassismus ist also legitim, sogar en vogue, wenn er von links kommt.

Nun hat die Alpenrepublik keine nennenswerte Kolonialgeschichte, die „Schuld“ der Österreicher am wirtschaftlichen Scheitern Schwarzafrikas kann nicht historisch belegt werden. Also „bastelt“ man sich eben einen strukturellen Rassismus. Die *Black Lives Matter*-Bewegung etwa hat im Sommer mehrmals die Straßen Wiens besetzt und gegen Rassismus und Diskriminierung demonstriert. Die



*Wir sind Zeugen eines Zeitenwandels,
in dem nicht länger die Vernunft der Kompass des Handelns ist,
sondern subjektive Befindlichkeiten und pseudowissenschaftliche Motivationen.*



Aktivist:innen nennen sich hier *Black Lives Movement Austria*, sie fordern die öffentliche Anerkennung eines Rassismus-Problems in der Polizei und eine kostenlose Beschwerdestelle für polizeiliche Übergriffe. Auf ihren Demos fordern sie ein Ende von Rassismus und Polizeigewalt und das Ende „weißer Privilegiertheit“. Sie wittern strukturelle *White Supremacy*, also eine weiße Vorherrschaft, die dunkelhäutige Menschen diskriminiert und unterdrückt.

In Ermangelung rassistischer Übergriffe der österreichischen Polizei wird ein Fall aus dem Jahr 1999 herangezogen, als der Nigerianer Marcus Omofuma bei seiner Flugzeug-Abschiebung aus Wien starb. Es wird also ein Unfall herbeibemüht, der 21 Jahre zurückliegt, da man sonst keine schlagkräftigen Argumente vorweisen kann. So wird auch im Sinne der *People of Color (PoC)*, Menschen mit nichtweißer Hautfarbe, die alteingesessene *Mohren Apotheke* im 1. Bezirk in Wien nun umbenannt. Laut Apothekern sollte der Name „Mohr“ ursprünglich die Wertschätzung afrikanischer Medizin ausdrücken, da Europa im Mittelalter kaum über medizinische Kenntnisse verfügte. Nun wird diese Geschichte förmlich ausgeradiert.

Auch James Bond ist jetzt eine Frau

Wie ein Tsunami ergießt sich die Welle der *Political Correctness* über uns und demontiert systematisch Sprache, nationale und geschlechtliche Identitäten, Kultur und auch Heldenfiguren. So muss auch der Inbegriff weißer Männlichkeit weichen: James Bond. Zum ersten Mal in der Bond-Filmgeschichte wird eine Frau den Agentencode 007 tragen. Die britische Schauspieler:in Lashana Lynch schickt als PoC-

Frau Daniel Craig in den Ruhestand und beendet damit die traditionelle „männliche Vorherrschaft“ der Kultreihe. Eigenen Angaben zufolge möchte Lynch der Rolle „schwarze Erfahrungswerte“ beifügen. Wie gut, dass die toxische, weiße Männlichkeit endlich ein Ende hat! Und mit ihr eine Agenten-Ära und Millionen Frauenträume...

Es hat sich eine seltsame „Erbschuld“ etabliert, eine Sippenhaft, die einen für schuldig spricht, wenn man auf dem falschen Kontinent geboren worden ist oder die „falsche“ Hautfarbe hat. Rassismus hat heute ein neues Gesicht. Er ist Ausdruck eines hypermoralischen Zeitgeists geworden. Dazu passt eine hysterische Klimapolitik, oder auch der inkonsequente Aktionismus der Politik in Sachen Covid-19-Verordnungen. Die föderale und rechtsstaatliche Ordnung ist gefährdet, wenn die Regierung Lust an einem autoritären Führungsstil findet und sich allenthalben ein Befehl-und-Gehorsam-Modus einstellt. Staatlich gefördertes Denunziantentum gepaart mit einschneidenden Eingriffen in die Grundrechte ist ein gefährlicher Cocktail.

Wir sind Zeugen eines Zeitenwandels, in dem nicht länger die Vernunft der Kompass des Handelns ist, sondern subjektive Befindlichkeiten und pseudowissenschaftliche Motivationen. Medien, die „vierte Gewalt“ im Staat, verfransen sich im „Erziehungsauftrag“ und vernachlässigen dabei ihre Aufgabe, die Regierung kritisch zu hinterfragen. Die Freiheit muss sich immer mehr den religiösen, ethnischen und Klima-hysterischen Fanatikern unterordnen, es regiert der Hypermoralismus. Dabei sollte längst einmal wieder die Ratio zur Mutter unseres Handelns werden, denn Gefühle schaffen keine Gerechtigkeit.

Gewaltenteilung in Gefahr?

Von Arnulf Helperstorfer



Die Berufung der konservativen Bundesrichterin Amy Coney Barrett an den Obersten Gerichtshof der USA hat auch in Europa hohe Wellen geschlagen. Die Kritik an der Juristin, die vom in Kürze aus dem Amt scheidenden Präsidenten Donald Trump nominiert wurde, entzündete sich vor allem an der Frage, ob sie als gläubige Katholikin möglicherweise ein berüchtigtes Urteil des *Supreme Court* aus den 1970ern, das ein durch die Verfassung garantiertes Grundrecht auf Abtreibung festgestellt zu haben meint, kippen werde. Dabei stellt sich – unbeachtet der besonderen Stellung von Höchstgerichten im angloamerikanischen Rechtssystem – die grundsätzliche Frage, ob es Aufgabe von Gerichten sein soll, in derartig weitreichenden Fragen Entscheidungen zu treffen.

Die Theorie der Gewaltenteilung ist im Zeitalter des Absolutismus entstanden, sie hatte dementsprechend vor allem die Beschränkung der Macht des absoluten Herrschers zum Ziel. Der damals übermächtigen Exekutive sollte die legislative und judikative Kompetenz entzogen werden. Dieses Bild einer vor allem gegen eine ausufernde Exekutive ausgestalteten Gewaltenteilung prägt unser Bild bis heute. Doch inzwischen muss man sich die Frage stellen, ob es nicht auch andere Institutionen sind, die ihre politische Macht entgegen ihrem eigentlichen Auftrag ausdehnen.

In Europa sind es weniger Entscheidungen nationaler Höchstgerichte, die regelmäßig für Kritik sorgen. Vielmehr ist es der Europäische Gerichtshof (EuGH), dem „judicial activism“ vorgeworfen wird. Dabei steht der schwerwiegende Vorwurf im Raum, der EuGH dehne seine eigenen Zuständigkeiten und damit die der Europäischen Union als supranatio-

ner Organisation immer weiter aus und „höhle die Kompetenzen der Mitgliedstaaten selbst im Kernbereich nationaler Zuständigkeiten aus“, wie es der ehemalige deutsche Bundespräsident Roman Herzog bereits 2008 feststellte.

In der EU ist es aber nicht nur der EuGH, dem eine derartige Vorgehensweise immer stärker angekreidet wird. Weder antike noch frühneuzeitliche Staatstheoretiker hätten im Traum daran gedacht, dass eine Bank zu einem der wichtigsten Organe im Mächtegefüge werden könnte. Dabei ist die Europäische Zentralbank innerhalb der EU inzwischen eine der mächtigsten Institutionen überhaupt. Mit ihrer Geldpolitik kann sie politische und wirtschaftliche Prozesse unterstützen oder erschweren. Dabei ist gerade das nicht ihre Aufgabe. Mit der Sicherung der Preiswertstabilität ist die Rolle der EZB klar definiert, Klima- oder Sozialpolitik gehören ebenso wenig dazu wie Staatsfinanzierung durch entsprechende Zinspolitik oder durch den Ankauf von Anleihen. Um politische Einflussnahme zu verhindern, wurde die EZB einst unabhängig gestellt. Es ist geradezu paradox, dass sich sowohl EZB als auch EuGH inzwischen die Kompetenz anmaßen, eigenständige Politik zu betreiben und ihre Unabhängigkeit genau dazu auszunutzen.

Gewählte Politiker müssen sich regelmäßig Wahlen stellen und dabei ihre Politik vor dem Bürger verantworten. Diese Mühsal entfällt bei Höchstgerichten ebenso wie bei der EZB. Deswegen ist es umso bedrohlicher für das Prinzip der Gewaltenteilung, wenn diese Institutionen außerhalb jeglicher demokratischer Kontrolle und nur mit sehr schwacher, indirekter demokratischer Legitimierung ihren eigenen Wirkradius immer weiter ausdehnen.



International

Die US-Präsidentschafts- und Kongresswahlen 2020

Von Kai-Uwe Hülss



Erst nach 36 Tagen wurde die US-amerikanische Präsidentschaftswahl im Jahr 2000 entschieden. Von den mehr als 100 Millionen abgegebenen Stimmen machten letztendlich jene 537 Stimmen, die George W. Bush im Bundesstaat Florida mehr erhielt als Vizepräsident Al Gore, den Unterschied. Zuvor musste auf Grund des knappen Ergebnisses im *Sunshine State* mehrmals ausgezählt werden. Erst ein Urteil des Obersten Gerichtshofs beendete die spannendste US-Wahl in der jüngeren Vergangenheit.

Zwanzig Jahre später wurden die USA und die Welt erneut tagelang ob des Ausgangs der Präsidentschaftswahl im Ungewissen gelassen. Aufgrund der Coronavirus-Pandemie hatten nämlich eine Vielzahl an Bundesstaaten ihre Wahlgesetzgebung den besonderen Umständen angepasst: Die Möglichkeit der Stimmabgabe schon vor dem eigentlichen Wahltag, entweder in Person oder per Brief, wurde stark ausgeweitet. 100 Millionen US-Amerikaner gaben frühzeitig ihre Stimme ab, zwei Drittel davon per Brief. Insbesondere Wähler der



Demokratischen Partei machten hiervon Gebrauch, Republikaner wählten primär am 3. November 2020. Die beiden Parteien riefen jeweils zu diesem unterschiedlichen Wahlverhalten auf.

Die Folge waren verzerrte Zwischenergebnisse der Auszählungen, die in den USA üblicherweise live im Fernsehen übertragen werden. Prognosen wie hierzulande, bei denen schon mit Schließung der Wahllokale das Ergebnis größtenteils absehbar ist, kennen die Vereinigten Staaten nicht. Je nach Bundesstaat, teils auch Distrikt, wurden zunächst die Vota des Wahltags ausgezählt – oder eben umgekehrt. Eine Begebenheit, die zur Anfechtung der Wahlen nur so einlud sowie einen eigentlich unnötigen Spannungsbogen aufbaute.

Die vereinfachte Stimmabgabe gepaart mit einer polarisierenden Präsidentschaft Donald Trumps führte zur höchsten Wahlbeteiligung in den vergangenen Jahrzehnten. Laut den zu Redaktionsschluss vorliegenden Daten gaben 66,5 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab (das letzte Mal höher lag die Wahlbeteiligung in den 1960er-Jahren). In absoluten Stimmen erreichte der demokratische Präsidentschaftskandidat Joe Biden mehr als 80 Millionen Wählerstimmen – so viele wie kein anderer Kandidat vor ihm. Zum Vergleich: Auf den bisherigen Rekordhalter Barack Obama entfielen 2008 „nur“ 69,5 Millionen Stimmen. Alleine mit dem Bevölkerungswachstum sind Bidens Rekordzahlen übrigens nicht zu erklären. Vielmehr trug eine außergewöhnliche Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft beider Parteien in einer Krisensituation dazu bei.

So konnte auch Präsident Donald Trump einen Zuwachs an absoluten Wählerstimmen verzeichnen: 73,9 Millionen Personen votierten für den Amtsinhaber, kein Republikaner vor Trump erhielt jemals einen so hohen Zuspruch an absoluten Wählerstimmen. Trump konnte seine starken Zustimmungswerte bei der eigenen Anhängerschaft – er ist der beliebteste Präsident unter Republikanern seit Beginn der Umfrageaufzeichnungen – somit in reale Wählerstimmen ummünzen. Die Behauptung, dass Trump hauptsächlich durch russische Einflussnah-

me bei der Präsidentschaftswahl 2016 siegreich sein konnte, dürfte durch diesen Stimmenzuwachs ad absurdum geführt worden sein.

Joe Bidens Stärke

Mit einem Vorsprung von mehr als sechs Millionen Stimmen würde Joe Biden in anderen Demokratien als der eindeutige Gewinner ausgerufen werden. Nicht in den USA. Denn bekanntlich wird der US-Präsident nicht in einer landesweiten Abstimmung gewählt, sondern von einem Wahlmännergremium. Je nach Bevölkerungsgröße entsendet ein Bundesstaat mehr oder weniger Wahlmänner, US-Amerikaner wählen durch die Entsendung von Wahlleuten somit indirekt den Präsidenten.

Auf Grund des Wahlsystems gelten in der Regel nur wenige Staaten als umkämpft. Im Jahr 2020 konzentrierte sich das Hauptaugenmerk auf das *Rust Belt* und dessen Ausläufer. Insbesondere die Staaten Michigan, Wisconsin und Pennsylvania sollten wahlentscheidend sein. Vor vier Jahren entschied Trump alle diese Staaten, die in den vergangenen Jahrzehnten der Demokratischen Partei zugeneigt waren, noch knapp für sich. Mit einem totalen Vorsprung von 77.000 Stimmen in genannten drei Staaten überraschte Trump 2016 viele Politikexperten. Der einstige Immobilienmogul verstand offenbar das Elektorat besser als seine Konkurrentin Hillary Clinton, denn insbesondere die Arbeiterschaft des *Rust Belt* gehörte auch noch acht Jahre nach der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise zu den großen Verlierern. Mit diesem Wissen versprach Trump alte Industriearbeitsplätze wiederbeleben zu wollen. Clinton indes ließ diese Staaten außen vor – und verlor.

Anders nun 2020: Mit Joe Biden hatten die Demokraten den bei der Arbeiterschaft als „Uncle Joe“ beliebten, bei Gewerkschaftsvertretern gut vernetzten und somit wohl bestmöglichen Kandidaten aufgestellt. In seinen 48 Jahren als Berufspolitiker schaffte Biden offenbar die sprichwörtliche Quadratur des Kreises, weiterhin als bodenständig wahrgenommen zu werden. Gepaart mit einer teils bei Präsident Trump kopierten Wirtschaftspolitik – auch



Biden warb im Wahlkampf damit, Produkte möglichst in den USA herstellen zu wollen – konnte sich der ehemalige Vizepräsident einen Vorteil von mehr als 210.000 Stimmen gegenüber dem Amtsinhaber in Michigan, Wisconsin und Pennsylvania erarbeiten. Der Grundstein für den Gewinn der Präsidentschaft war gelegt.

Entscheidend zum Wahlsieg Bidens trug zudem die sich unterschiedlich entwickelnde Wählerbasis bei, aus denen die beiden großen Parteien schöpfen können. Während die republikanische Kernwählerschaft, primär bestehend aus weißen US-Amerikanern, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung stetig abnimmt, besitzen Demokraten den Vorteil, dass deren Basis, bestehend aus Minderheiten, wächst. Die hohe Wahlbeteiligung in Städten, traditionell liberale Hochburgen, verwandelte eigentlich republikanisch wählende Staaten wie Arizona, Georgia oder North Carolina zu wahltechnisch gesehen umkämpften Gebieten. Die strikte Einwanderungspolitik der Republikanischen Partei, die unter Präsident Trump nochmals an Schärfe gewann, sowie das in diesem Jahr erneut aufflammende Thema des US-amerikanischen Rassismus, motivierten Liberale und die heterogene Gruppe der Minderheiten zur Stimmabgabe für Biden.

Es gibt jedoch auch Ausnahmen: Florida, jahrzehntelang der am stärksten umkämpfte aller *Swing States*, gewann Präsident Trump vergleichsweise deutlich. Der *Sunshine State* ist nicht nur ein Rentner-Paradies, sondern im Hinblick auf Minderheiten haben sich in Florida insbesondere kubanisch-stämmige US-Amerikaner angesiedelt – eine Bevölkerungsgruppe, welche die strikte Politik der Trump-Regierung gegenüber dem kommunistischen Kuba befürwortet. Die Annäherung der Obama/Biden-Administration gegenüber dem Castro-Regime ist dieser Wählergruppe zudem noch in schlechter Erinnerung gewesen.

Republikaner übertreffen Erwartungen

Die Demokratische Partei ging mit Erwartungen in die Wahlen, ihre bestehende Mehrheit von 34 Sitzen im insgesamt 435 Sitze umfassenden U.S. Repräsen-

tantenhause weiter auszubauen. Diese Hoffnungen wurden von der Wählerschaft zunichte gemacht – Republikaner konnten sogar mehrere Sitze hinzugewinnen. In der Demokratischen Partei nahmen infolgedessen die Spannungen zwischen dem an Einfluss abnehmenden moderaten und dem immer stärker werdenden linken Flügel zu.

Als erfolgreiche Strategie erwies sich für die Republikanische Partei, vermehrt auf konservative Frauen zu setzen – eine Strategieänderung, die nach der verlorenen Zwischenwahl 2018 erfolgte. Das Ergebnis: Mindestens 13 Republikanerinnen zogen erstmals in das U.S. Repräsentantenhaus ein, so viele wie noch nie. Erfreulich für das liberale Amerika sind indes die erfolgreichen Wahlen von Ritchie Torres und Mondaire Jones aus New York. Mit ihnen wurden erstmals offen homosexuell lebende Afroamerikaner in den Kongress gewählt. Infolgedessen werden in der neuen Legislaturperiode so viele LGBTQ-Abgeordnete, neun im U.S. Repräsentantenhaus und zwei im U.S. Senat, agieren wie noch nie.

Mit Spannung wurden zudem die Wahlen zum U.S. Senat erwartet. Bislang besaß die Republikanische Partei eine Mehrheit von 53 U.S. Senatoren zu 45 der Demokratischen Partei sowie zwei Unabhängigen, die in der Regel mit den Demokraten stimmen. Alle zwei Jahre wird ein Drittel der Sitze des U.S. Senats neu gewählt, auf Grund zweier außerordentlicher Wahlen standen in diesem Jahr 35 Sitze zur Disposition. Die Republikaner musste hiervon 23 Sitze verteidigen, die Demokraten benötigte hiervon je nach Ausgang der Präsidentschaftswahl drei oder vier Sitze, um die Mehrheit zu erlangen (bei Stimmgleichheit entscheidet der Vorsitzende des U.S. Senats, qua Amt der Vizepräsident, über die Pattsituation).

Einen Wechsel der Mehrheitsverhältnisse gab es in Arizona und Colorado zugunsten der Demokratischen Partei. Republikaner konnten einen Sitz in Alabama hinzugewinnen. Als Erfolgsgeheimnis bewährte sich die Nominierung von prominenten Kandidaten. So entschied der populäre ehemalige American-Football-Trainer Tommy Tuberville das Rennen



Kai-Uwe Hülss ist Politikwissenschaftler und Soziologe.
Er betreibt den bekannten deutschsprachigen Blog „1600 Pennsylvania“
zur Politik des Weißen Hauses, abrufbar via: blog1600penn.com



in Alabama für sich, der ehemalige Gouverneur John Hickenlooper dagegen siegte im mittlerweile konstant demokratisch wählenden Colorado. In Arizona triumphierte der einstige Astronaut Mark Kelly über die blasse republikanische U.S. Senatorin Martha McSally. Der demographische Wandel in Arizona – der Staat hat ein starkes Wachstum hispanischer US-Amerikaner zu verzeichnen – begünstigte seinen Erfolg.



US-Kapitol, Ostseite

In der vorläufigen Zusammensetzung des U.S. Senats werden 50 Republikaner 48 Demokraten gegenüberstehen, am 5. Januar 2021 kommt es im Bundesstaat Georgia noch zu zwei Stichwahlen, da die Wahlgesetzgebung des *Peach State* eine Stichwahl vorsieht, wenn kein Kandidat mehr als 50 Prozent der Stimmen erreicht. Die Republikanische Partei gilt als favorisiert, zumindest eine der beiden Wahlen für sich zu entscheiden und somit die Mehrheit im U.S. Senat zu verteidigen.

Fazit

Die US-Präsidentschafts- und Kongresswahlen 2020 haben die seit Jahrzehnten steigende Polarisierung bestätigt. Wie üblich wählte der ländliche Raum überwiegend republikanisch, Städte bevorzugten demokratische Kandidaten. Die für Präsidentschaftswahlen entscheidenden Vororte gewann im Gegensatz

zu 2016 der demokratische Kandidat – insbesondere bei den Themen Rassismus und Pandemiebekämpfung konnte Biden punkten.

Des Weiteren ebneten ihm Frauen, Minderheiten, junge und gebildete US-Amerikaner den Weg in das Weiße Haus. Dass diese Gruppen in diesem Jahr stark von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, hing nicht zuletzt mit der polarisierenden Amtsführung Trumps zusammen

– eine fatale Ausgangslage für ihn, ist jede Wiederwahl doch primär ein Referendum über den Amtsinhaber. Die pandemiebedingte Rezession kam zudem aus republikanischer Sicht zur Unzeit. Mit Biden präsentierten die Demokraten auch im Hinblick auf die Coronavirus-Pandemie den perfekten Gegenentwurf zu Präsident Trump.

Republikaner haben den größten Preis, das Weiße Haus, verloren. Andererseits konnte die Partei jedoch wider Erwarten Sitze im U.S. Repräsentantenhaus hinzugewinnen. Die Entscheidung über die Mehrheit im U.S. Senat wird erst zu Beginn des neuen Jahres gefällt. Der von einigen politischen Beobachtern prognostizierte Erdrutschsieg der Demokratischen Partei ist ausgeblieben, da auch Präsident Trump und die Republikanische Partei ihre Anhängerschaft stark mobilisieren konnten. Trump wird daher auch nach seiner Präsidentschaft die US-amerikanische Politik beeinflussen.

Trumps letzter Triumph

Von Jörg Mayer



Nie zuvor wurden in einem Wahlkampf derartige Geldsummen für einen Kandidaten eingesetzt. Nie zuvor haben Fernsehsender, Zeitungen und *Social-Media*-Plattformen dermaßen parteilich agiert. Nie zuvor haben Umfrageinstitute so viel dazu getan, eine Seite zu demotivieren und der anderen Rückenwind zu verleihen. Es hat gerade so gereicht. Joseph Robinette Biden wird, allerlei Ungereimtheiten bzgl. der für Manipulationen stets anfälligen Briefwahl zum Trotz, am 20. Jänner 2021 wohl seine erste Rede als Präsident der Vereinigten Staaten halten und dabei das bedeutendste *lucidum intervallum* seines 50-jährigen Politikerlebens genießen.

Vier Jahre lang hat die linke Opposition in Kongress, Bürokratie, Geheimdiensten und Mainstreammedien nichts unversucht gelassen, um Donald John Trump aus dem Weißen Haus zu bugsieren. Die finale Katharsis mutet dennoch nicht wie ein Sieg an. Für die *Democrats* war die Wahl fast ein Fiasko: Im Repräsentantenhaus, wo man die Mehrheit ausbauen wollte, verlor man mindestens 10 Sitze an aufstrebende *Republicans*, die sich nun als Favoriten für die *Midterm Elections* in zwei Jahren betrachten können. Keinen einzigen (!) der rund 30 Sitze, die als *toss up* eingestuft wurden, gewann ein Demokrat, überall reüssierten Republikaner: rechte Frauen, konservative Minderheitenkandidaten, Veteranen. Und aller Voraussicht nach wird auch der Senat in republikanischer Hand bleiben – und Mehrheitsführer Mitch McConnell damit einer der mächtigsten Männer in Washington D.C.

Besonders bitter für die Demokraten ist, dass sie bei den Parlamentswahlen in den Gliedstaaten keinen Meter machen konnten: Im kommenden Jahr

steht ein *Redistricting* an: Die Wahlbezirke werden nach dem neuen Zensus für die nächsten 10 Jahre gezogen. Da die Republikaner die meisten Staatsparlamente kontrollieren, können sie die politische Landkarte für sich selbst günstig gestalten. Selbst ein sehr zurückhaltendes *Gerrymandering* wird dabei mindestens 5 weitere Kongresssitze einbringen. Trotz dem immensen Materialeinsatz, der Joe Biden ins Weiße Haus getragen hat, sind die Demokraten also im Gesamten rasselnd durchgefallen. Und im selben Ausmaß, wie das einende Feindbild des orangenen Mannes an Schrecken verliert, brechen die langfristig unüberbrückbaren Gräben in der Demokratischen Partei zwischen dem moderaten und dem linksradikalen Flügel auf und lähmen jeden Fortschritt. Es hat bereits begonnen.

Donald Trump ist abgewählt, aber es musste alle Munition dafür verschossen werden – und ohne die Pandemie und einen kurzen, scharfen Wirtschaftseinbruch wäre nicht einmal das geglückt. Indessen hat der scheidende Präsident seiner Partei, an dessen Spitze er sich vor vier Jahren als Außenseiter kapultierte, neues Leben eingehaucht. Dazu gehören über 10 Millionen zusätzliche Wähler – mit erheblichen Zugewinnen bei hispanischen und schwarzen Amerikanern. Unter Trump wurde die Republikanische Partei größer, besser und mutiger. Gegen alle Widerstände hat er die Welt nach vier Jahren friedlicher, das amerikanische Volk wohlhabender, den Staatsapparat schlanker hinterlassen. Seine Richterernennungen werden die Rechtskultur und den Zustand der Freiheit im Land auf viele Jahre prägen. Trump kann erhobenen Hauptes abtreten. Die Geschichte wird seine Größe zu würdigen wissen.



Feuilleton

Don Carlos rebelliert gegen seinen Vater
Ferdinand Keller, 1899



Don Karlos – wider die Despotie der Aufklärung

Von Norbert Nemeth



Anlässlich des einhundertsten Geburtstages von Friedrich Schiller wurde die erste Burschenschaft Österreichs, die *Wiener akademische Burschenschaft Olympia*, gegründet, und zwar in direktem Anschluss an einen fulminanten Fackelzug, den die akademische Jugend Wiens dem Dichter gewidmet hatte. Im November 1959 feierte die Olympia ihr einhundertstes Stiftungsfest. Auf dem Festprogramm stand ein gemeinsamer Besuch von Schillers *Don Karlos* im Wiener Burgtheater. Die Auswahl des Stückes hätte trefflicher nicht sein können.

Vordergründig handelt *Don Karlos* von der traurigen Geschichte des Sohnes Philipps II. Den Auftrag zu dem Werk erhielt Schiller 1782 vom Mannheimer Theaterdirektor Dalberg, der, um dem damaligen Geschmack seines Publikums zu entsprechen, auf der Suche nach einer rührenden Familiengeschichte in historischer Verkleidung gewesen war. Schiller kam dieser Vorgabe mehr als nach. In seinem Werk wird der eifersüchtige Philipp am Ende des Stückes seinen



Wer die Aufklärung durch die Verletzung der Freiheit eines anderen durchsetzen will, verletzt das Ideal der Aufklärung.



eigenen Sohn durch die Inquisition hinrichten und seine eigene Gattin vergiften lassen. Eifersucht verbirgt sich dahinter, zumal Don Karlos seine Stiefmutter, die aus rein dynastischen Gründen nicht ihn, sondern seinen Vater geheiratet hatte, wahrhaft liebt. Diesen Umstand macht sich der Marquis Posa, die eigentliche Hauptfigur, zu Nutze. Er tritt zunächst als der Freund des Don Karlos auf, beginnt aber nach und nach diese Freundschaft für seine politischen Zwecke, nämlich den Abfall der protestantischen Niederlande vom inquisitorischen Spanien, somit für einen Akt des Hochverrates, zu missbrauchen.

Daher ist es auch dieser Marquis Posa, der im Zentrum einer der wichtigsten Szenen in Schillers Schaffen steht, nämlich in der Begegnung mit dem König im dritten Akt. Hier wird das verborgene Thema hinter der Familientragödie sichtbar: Schiller geht es (Jahre vor dem *Terreur* der Jakobiner) um eine der zentralen Fragen der modernen Politik, nämlich um die sogenannte „Despotie der Aufklärung“, also um die Frage, welche politischen Methoden zulässig sein sollen, um eine neue, aufgeklärte Gesellschaft zu realisieren. Schiller selbst bekannte sich, vor allem in seiner ästhetischen Philosophie, klar dazu, dass sich der Mensch, so wie die Natur, peu à peu entwickeln solle – und zwar im kantischen Sinne durch den Gebrauch seines *eigenen* Verstandes. Die Betonung des *eigenen* ist von zentraler Bedeutung. Das Individuum soll nicht durch einen fremden Verstand



Don Carlos; Antonio Moro, 1568, Château de Versailles

bestimmt werden, auch dann nicht, wenn sich dieser die Realisierung der Ideen der Aufklärung auf seine Fahnen geschrieben hat. Von der Fremdbestimmung zur Fremdherrschaft ist es laut Schiller nur ein kleiner Schritt, den er in weiteren Dramen, insbesondere im *Wilhelm Tell*, präzise beschrieben hat. Mit anderen Worten: Wer die Aufklärung durch die Verletzung der Freiheit eines anderen durchsetzen will, verletzt das Ideal der Aufklärung. Jeder einzelne muss selbst zur Freiheit finden – eine von Fremden bestimmte Freiheit ist bloß eine Despotie im

Namen der Freiheit. Genau das tut aber der Marquis Posa, wobei (im Gegensatz zum *Wilhelm Tell*) die Despotie nicht von einer Person, sondern von einem Ideal ausgeht.

Ein Bürger derer, welche kommen werden...
Ich kann nicht Fürstendiener sein... (Posa)

Unmittelbar verweigert der Marquis dem König das Ehrprinzip und gibt sich als neuer Mensch eines neuen Staatswesens, als einer, der die Staatsprinzipien austauschen will, zu erkennen. Er ordnet seinem politischen Ziel alles unter und will sein Ideal von einer besseren Welt im kurzen Wege realisiert wissen. Er ist bereit, den Einzelnen zu verbrauchen, um den Einzelnen zu befreien. Ihm legt Schiller die Dialektik der Aufklärung in den Mund, sodass der große Dialog im dritten Akt zum Stellvertreterkrieg zwischen dem uneinsichtigen Geist des Absolutis-



*Schiller wollte vor der permanenten Gefahr,
die Aufklärung könne in ihr Gegenteil umschlagen, warnen.*



mus und dem bedingungslosen Geist der Aufklärung wird – beide Geister intolerant auf ihre Art und Weise! Ohne irgendein Mandat zu haben, schwingt sich der Marquis zum Advokaten des gesamten Menschengeschlechts auf. Die berühmten Worte „Geben Sie Gedankenfreiheit!“ erscheinen vor diesem Hintergrund in einem anderen Licht als gemeinhin vermutet. Der Dialog lässt sich ohne Weiteres als einer zwischen Hobbes und Rousseau lesen. Es geht um die Frage nach der Legitimität der Herrschaft ebenso, wie um ihre unterschiedlichen Menschenbilder:

*„Posa: Der Mensch ist mehr,
als Sie von ihm gehalten. [...] Philipp: Ihr werdet anders denken,
kennt Ihr den Menschen erst wie ich.“*

Schiller geht es in der Figur des Marquis Posa aber nicht nur darum, die Abgründe der revolutionären Moral, die er als Symbiose aus Gewalttätigkeit, Heimlichkeit und Herrschsucht beschreibt, zu demaskieren. Es geht ihm vor allem auch darum, die Grenze zwischen der wahren Moral zu jener Hypermoral, die wenige Jahre später im jakobinischen *Terror* ihren Höhepunkt erreichen wird, aufzuzeigen. Insofern haftet *Don Karlos* etwas Prophetisches an. Es geht Schiller in der Figur des Marquis aber auch noch um etwas ganz anderes: Hinter dem vordergründigen Familiendrama verbergen sich nicht nur Hobbes und Rousseau, sondern – und das ist besonders spannend – eine Abrechnung mit dem da-



Philipp II.; Tizian, 1549/1550, Museo del Prado

mals grassierenden Geheimorden der Illuminaten. Den *Don Karlos* kann nur verstehen, wer dessen Geschichte und Wesen kennt.

*Illuminaten gegen
Illuminés –
Gemütsspionage statt
jesuitischer Beichte*

Am Beginn steht eine Verketzung von historischen Ereignissen, die auf einen Schlag den Stoff für eine ganze Serie verschwörungstheoretischer Bünde-Romane hergibt. Tatsächlich hatte Schiller die Arbeit am *Don Karlos* unterbrochen, um mit dem

Geisterseher einen Bünde-Roman zu schreiben, und vielleicht war der Ingolstädter Professor für Kirchenrecht Adam Weishaupt (vulgo „Spartacus“) von solch einem Roman inspiriert, als er 1773 die Kunde von der Auflösung des Jesuitenordens vernahm. Die Sorge, die Jesuiten würden von nun an im Untergrund im Sinne ihres antiaufklärerischen Wesens weiter agieren, soll für seinen Entschluss, am 1. Mai 1776 ein Gegengewicht, also einen Geheimorden zugunsten der Aufklärung, zu gründen, maßgeblich gewesen sein. Aber noch ein weiteres geheimbündlerisches Datum war für Weishaupt entscheidend: der Freimaurerkongress zu Wilhelmsbad vom 16. Juli bis zum 1. September 1782, der eine existentielle Krise der Freimaurerei, die zwischen Realpolitikern und Spiritualisten zerrissen gewesen war, offenbarte.

Diese Krise und das daraus entstehende Vakuum füllte der neue Orden aus. Weishaupt sammelte



Don Carlos, das Zimmer des Königs in dem Trauerspiel; Bühnenbildentwurf von Karl Friedrich Schinkel, um 1815/20

frustrierte Maurer, machte sich die Infrastruktur der Logen zunutze und begann sie mit den Methoden der Jesuiten zu verbinden. Das war das Rezept, das Weishaupts Illuminatenorden bis zu seiner Auflösung im Jahre 1784 erfolgreich machte. Am Höhepunkt seiner Ausdehnung soll er zweitausend Mitglieder gezählt haben – alle das Ziel verfolgend, Staat und Kirche zu unterwandern. Dazu diente eine strenge interne Hierarchie mit einer Weiskette, wobei die Oberen über die Unteren alles wissen sollten, die Unteren die Oberen aber nicht kennen durften. Somit galt ein striktes Kaderprinzip: Alle Mitglieder (die „Minervale“) kannten nur den unter einem Decknamen operierenden direkten Vorgesetzten sowie einige Gleichrangige. Über die Führung und deren Ziele hatten sie keine Kenntnis. Traf man sich, so geschah dies in sogenannten Minervalkirchen. Wollte man einen Grad hinaufsteigen, so waren Pflichtaufgaben- und Lektüren zu absolvieren, die man sich als das Studieren und Anerkennen philosophischer Schriften vorstellen kann. Über das eigene Tun waren Tätigkeitsberichte zu verfassen,

aber ebenso waren die Mitbrüder auszuspionieren und musste darüber nach Oben berichtet werden. Ein jeder sollte der Spion des anderen sein.

.

Die Leute müssen abgerichtet werden...

Die Maschine muss so einfach werden...

(Weishaupt)

.

Das Herauspressen von dem, was in einem Ranggleichen oder Rangniedrigeren drinnen steckte, war wesentlich für das Menschenbild der Ordensoberen. Es ging um die Formation eines neuen Menschen, um das Aufstellen „*einer Legion von Männern, die ein allgemeines Sittenregiment einführen, eine Regierungsform, die allgemein über die ganze Welt sich erstreckt...*“ Mit anderen Worten: Fürsten und Nationen sollen verschwinden, die Moral alleine soll dies herbeiführen.

Die höchsten Mysteriengrade beinhalteten die radikal atheistisch-materialistische Philosophie im Sinne Condillacs, Holbachs und Helvetius'. Somit war das gewaltlose Verschwinden von all dem, was



Don Carlos, Oper von Giuseppe Verdi, nach Schiller; Bühnenbildentwurf von Wadim Fjodorowitsch Ryndin, 1963

Weishaupt als Despotie bezeichnete, nämlich Fürsten, Staaten, Nationen und die Kirche, utopisches Programm, das auf einem strikten Versprechen der Heimlichkeit und des Gehorsams basierte. Namen und Orte erhielten phantasievolle Decknamen wie „Abaris“ oder „Memphis“. 1784 wurde der Orden von Kurfürst Carl Theodor aufgelöst, woraufhin Weishaupt ins Exil nach Regensburg und Gotha ging. In anderen Teilen Deutschlands existierten die Illuminaten bis Mitte der 1790er Jahre weiter. Zu einem Skandal kam es, als die Originalschriften des Ordens 1787 in Folge einer Hausvisitation zu Landshut vom 11. und 12. Oktober 1786 veröffentlicht wurden.

Weishaupts Machtmissbrauch, der darin gipfelte, dass er die Ordensstrukturen dazu benutzte, um Archive zu bestehlen und um ein uneheliches Kind (das er mit seiner Schwägerin gezeugt hatte) abtreiben zu lassen, wurde öffentlich. Dem war ein folgenschwerer Streit mit der Nummer Zwei der Illuminaten, dem Freiherrn von Knigge (vulgo „Philo“), der einer eher theosophischen Ausrichtung des Ordens anhing, vorausgegangen. Nach dem offenen

Bruch mit Weishaupt warnte Knigge in seinem weltberühmten Buch *Über den Umgang mit Menschen* – ganz in Sinne Schillers – vor den heimlichen Verbindungen, die er pauschal als unnütz und gefährlich abqualifizierte.

Ich bin weder Illuminat noch Maurer...
Frey durch Vernunft,
stark durch Gesetze!
(Schiller)

Im August 1787 wurde *Don Karlos* uraufgeführt. Es ist ein kleiner Treppenwitz der Geschichte, dass der Schauspieler und Illuminat Johann Michael Boeck (vulgo „Sophokles“) den ersten Marquis Posa gab, denn in seinen *Don-Karlos*-Briefen von 1788 lehnte Schiller den illuminatischen Repressionsapparat scharf ab. Nicht, weil er die humanistischen Ideale der Aufklärung abgelehnt hätte, im Gegenteil! Schiller wollte vor der permanenten Gefahr, die Aufklärung könne in ihr Gegenteil umschlagen, warnen. Denn die Aufklärung braucht Aufklärer – und das



Wo die Auswahl einiger weniger beinhaltet, dass man auf alle anderen herabsieht, herrscht eine menschenunwürdige Aufstiegsideologie. Weishaupts „Steige also, wenn du kannst, höher und höher zu uns herauf!“ dreht in Wahrheit das Prinzip der Aufklärung und des Altruismus in sein Gegenteil.



beinhaltet ein Machtverhältnis wie dasjenige von einem Mentor zu seinem Schüler. Schiller hat als einer der Wenigen den fundamentalen Widerspruch zum *Sapere aude!* Kants erkannt. Nach Kant soll sich der einzelne seines Verstandes ohne Leitung eines anderen bedienen. Alleine aus diesem Widerspruch ist erkennbar, wie paradox Schiller die Existenz eines Geheimbundes für die Aufklärung erscheinen musste, noch dazu eines Bundes, für den der Gehorsam gegenüber heimlichen Oberen und unbekanntem, obersten Zielen wesentlich gewesen war. Wo die Auswahl einiger weniger beinhaltet, dass man auf alle anderen herabsieht, herrscht eine menschenunwürdige Aufstiegsideologie. Weishaupts *Steige also, wenn du kannst, höher und höher zu uns herauf!* dreht in Wahrheit das Prinzip der Aufklärung und des Altruismus in sein Gegenteil – in Herrschsucht, Egoismus



Marquis de Posa, Bühnenkostümentwurf, Paris, 1867

und Unmündigkeit. Schiller lehnte all das entschieden ab: Für den Fortschritt der Gesellschaft dürfen keine Rückschritte im Menschlichen gemacht werden!

Prüfe alles, behalte das Beste - und schwöre auf keines Meisters Wort, lautet daher die Devise einer geistigen Autonomie, die vor einem Umschlagen von Vernunft in Herrschaft warnt, und die dem Individuell-Konkreten (der Freundschaft) den Vorrang vor dem Generell-Abstrakten (dem Ideal) einräumt. Vor diesem Hintergrund lässt sich der

Marquis Posa als Warnsignal verstehen, als Moralbonze, als Robespierre ante portas, als sinisteren Despoten eines Ideals, der seinen Freund Don Karlos verrät. Posas Gesinnungsethik, von der es nur ein kleiner Schritt zum Terror ist, will Schiller sein Modell einer ästhetischen Erziehung entgegensetzen. Davon wird im nächsten Report zu lesen sein.

Literatur:

Walter Müller-Seidel und Wolfgang Riedel (Hg.): *Die Weimarer Klassik und ihre Geheimbünde;* Königshausen & Neumann, Würzburg 2003

Walter Müller-Seidel: *Friedrich Schiller und die Politik;* C.H. Beck, München 2009

Hans-Jürgen Schings: *Die Brüder des Marquis Posa. Schiller und der Geheimbund der Illuminaten;* Niemeyer, Tübingen 1996

Ich kann nicht Fürstendiener sein!

Auszug aus:
 Friedrich Schiller,
Don Karlos – Infant von Spanien,
 3. Akt, 10. Auftritt



Marquis von Posa:

Ich kann nicht Fürstendiener sein. Ich will
 Den Käufer nicht betrügen, Sire. – Wenn Sie
 Mich anzustellen würdigen, so wollen
 Sie nur die vorgewogne Tat. Sie wollen
 Nur meinen Arm und meinen Mut im Felde,
 Nur meinen Kopf im Rat. Nicht meine Taten,
 Der Beifall, den sie finden an dem Thron,
 Soll meiner Taten Endzweck sein. Mir aber,
 Mir hat die Tugend eignen Wert. Das Glück,
 Das der Monarch mit meinen Händen pflanzte,
 Erschuf ich selbst, und Freude wäre mir
 Und eigne Wahl, was mir nur Pflicht sein sollte.
 Und ist das Ihre Meinung? Können Sie
 In Ihrer Schöpfung fremde Schöpfer dulden?
 Ich aber soll zum Meißel mich erniedern,
 Wo ich der Künstler könnte sein? – Ich liebe
 Die Menschheit, und in Monarchien darf
 Ich niemand lieben als mich selbst.

König Philipp II.:

Dies Feuer
 Ist lobenswert. Ihr möchtet Gutes stiften.
 Wie Ihr es stiftet, kann dem Patrioten
 Dem Weisen gleich viel heißen. Suchet Euch
 Den Posten aus in meinen Königreichen,
 Der Euch berechtigt, diesem edeln Triebe
 Genug zu tun.

Marquis von Posa:

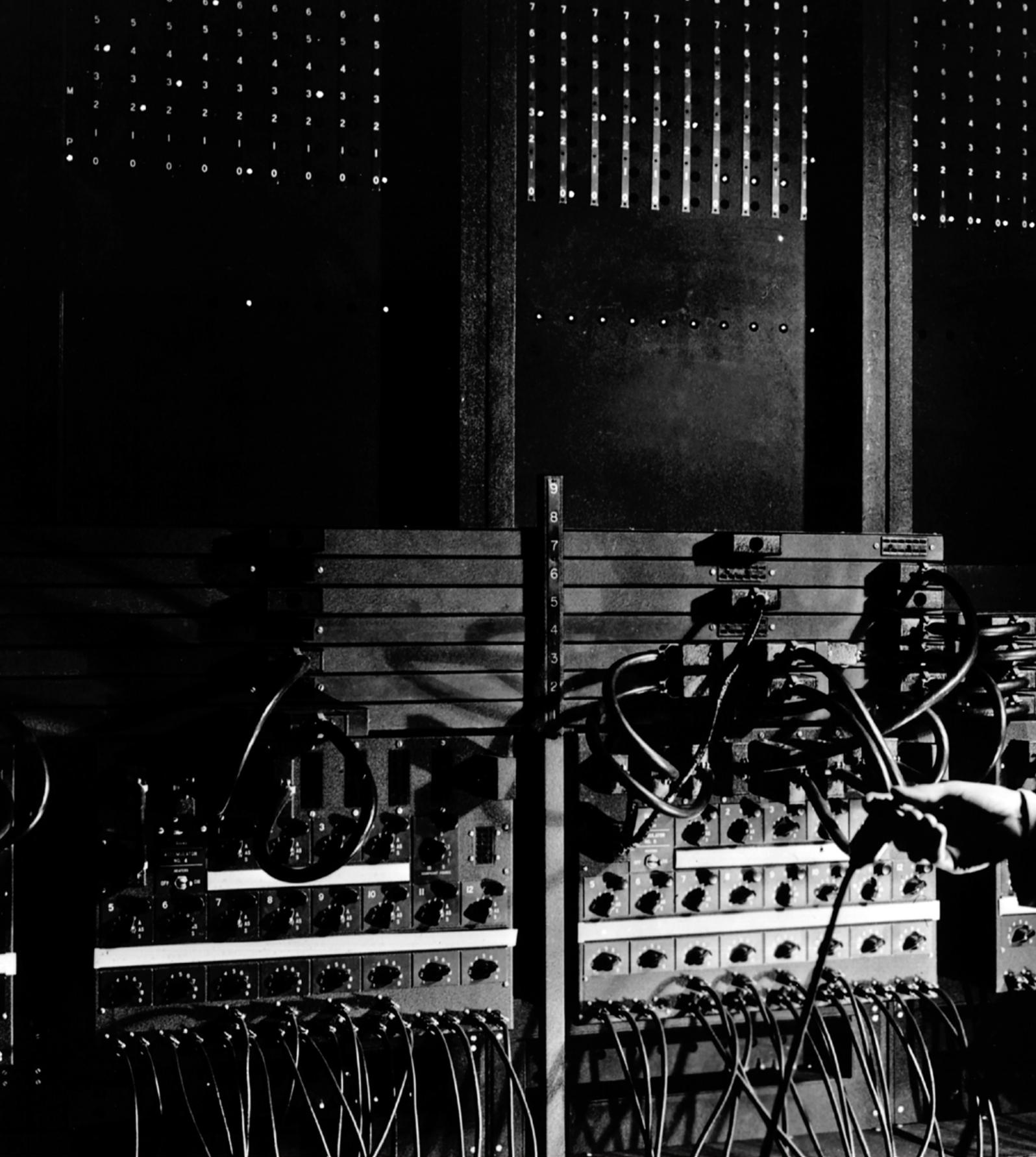
Ich finde keinen.

König Philipp II.:

Wie?

Marquis von Posa:

Was Eure Majestät durch meine Hand
 Verbreiten – ist das Menschenglück? – Ist das
 Dasselbe Glück, das meine reine Liebe
 Den Menschen gönnt? –
 Vor diesem Glücke würde
 Die Majestät erzittern – Nein! Ein neues
 Erschuf der Krone Politik – ein Glück,
 Das sie noch reich genug ist auszuteilen,
 Und in dem Menschenherzen neue Triebe,
 Die sich von diesem Glücke stillen lassen.
 In ihren Münzen läßt sie Wahrheit schlagen,
 Die Wahrheit, die sie dulden kann. Verworfen
 Sind alle Stempel, die nicht diesem gleichen.
 Doch was der Krone frommen kann – ist das
 Auch mir genug? Darf meine Bruderliebe
 Sich zur Verkürzung meines Bruders borgen?
 Weiß ich ihn glücklich – eh er denken darf?
 Mich wählen Sie nicht, Sire, Glückseligkeit,
 Die Sie uns prägen, auszustreun. Ich muß
 Mich weigern, diese Stempel auszugeben. –
 Ich kann nicht Fürstendiener sein.



Besprechungen



ENIAC Computer,
1940er Jahre

Eike Dohr

Andreas Eschbach: NSA

Nationales Sicherheits-Amt



„Stellt euch vor, die Nazis hätten unsere Computertechnik gehabt!“ Aus dieser Bemerkung im Rahmen einer Diskussion zu den Gefahren allgegenwärtiger Überwachung entwickelte Andreas Eschbach das 2018 erschienene Buch *NSA – Nationales Sicherheits-Amt*. Darin beschreibt er eine „uchronische“ Dystopie rund um einen vergessenen Geheimdienst, der sich zuerst selbst als Machtfaktor erkennt und schließlich auch von den Nationalsozialisten als solcher erkannt wird.

Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts: Nach der Niederlage des Kaiserreiches beginnt sich die junge deutsche Republik neu zu ordnen. Aus dem Kaiserlichen Komputer-Kontrollamt, gegründet von Wilhelm II., das sich mit der Gefahr der unbeaufsichtigten Kommunikation befasste, wird das Nationale Sicherheits-Amt. Seine Aufgabe: Datenströme zu beobachten, um frühzeitig potentielle Gefahren jeder Art für den Staat zu erkennen. Eine nachrichtendienstliche Überwachungsinstitution soll zum Beschützer des Volkes werden.



Ihr müsst gut aufpassen. Es darf euch kein Fehler unterlaufen. Selbst wenn ein Fehler nicht gleich bemerkt wird, die zugehörigen Daten bleiben gespeichert, und zwar für immer. Selbst wenn nicht gleich etwas passiert, kann der Fehler irgendwann später bemerkt werden. Im Prinzip jederzeit.



Im Zentrum der im Oktober 1942 einsetzenden Handlung, die wie ein Nagel in der Wand den Aufhänger für den alles umschließenden dystopischen Rahmen bildet, befindet sich die junge Programmstrickerin Helene. Was eine „Programmstrickerin“ sein soll, fragt sich der geneigte Leser? Nun, in dieser Geschichte waren die deutschen Computer schon während des ersten Weltkriegs den Entwicklungen in anderen Staaten weit voraus. Während die ansonsten prinzipiell gleich konstruierten englischen Geräte noch mechanischer Natur waren, setzten die Deutschen bereits auf elektrische Computertechnik und entwickelten nebenbei schon die bewegte Telephonie. Sprachliche Standards wie Berufs- und Objektbezeichnungen wurden dadurch quasi nebenbei gesetzt.

Die Macht der Datenhoheit

Mit dem Besuch Heinrich Himmlers, Reichsleiter der NSDAP und dem nach Adolf Hitler mächtigsten Mann des Großdeutschen Reiches, wird aus einer Behörde mit hehren Zielen jedoch innerhalb kürzester Zeit eine Behörde, vor der sich sogar die eigenen Beamten fürchten. „Unsere Arbeit“, beschreibt der Leiter des NSA an Himmler gerichtet, „spielt sich auf zwei Ebenen ab. Wir haben Zugriff auf alle Daten, die im Reich erzeugt werden, und können diesen Zugriff auf vielfältige Weise nutzen. Wir



ENIAC Computer, 1940er Jahre

können jeden Text lesen, den irgendjemand verfasst, genau wie jeden Elektrobrief, der innerhalb des Reiches verschickt oder empfangen wird. Wir können jeden Kontostand abfragen, jedes Telefon orten, wir können ermitteln, wer welche Fernsehsendung oder Radiosendung gesehen beziehungsweise gehört hat, und unsere Schlüsse daraus ziehen. Selbstredend können wir auch jede

Diskussion mitlesen, die im Deutschen Forum stattfindet, auch diejenigen mit geschlossenem Teilnehmerkreis, und auf diese Weise Personen identifizieren, die sich irgendwann einmal in einer Weise über den Führer, die Partei oder den Nationalsozialismus geäußert haben, die es ratsam macht, die Aufmerksamkeit der dafür zuständigen Stellen auf sie zu lenken. Die eigentliche Macht jedoch liegt in der Möglichkeit, für sich genommen scheinbar harmlose Daten mithilfe des Computers auf eine Weise zu verknüpfen, die zu ungeahnten Einsichten führt. Das ist die zweite Ebene unserer Arbeit und diejenige, die wir besser als sonst irgendjemand auf der Welt beherrschen.“

Um diese zweite Ebene zu veranschaulichen, demonstrieren die Beamten des NSA die Funktion des neuesten von ihnen entwickelten Algorithmus: Da das Bargeld, vorgeblich um der Korruption vorzubeugen und der „jüdischen Zinsknechtschaft“ zu entgehen, von Hitler abgeschafft wurde und nur mehr mit der Geldkarte oder dem mobilen Telefon



Sie haben an jedem Punkt, an dem ein Kabel die Grenze überquert, einen Komputersystem, das alles überwacht, alles ausfiltert, was der Regierung nicht genehm ist, und so den Zugang ins Ausland aufs Genaueste regelt. Ich bin nicht der Einzige, der eingesperrt war. Wir sind es alle. Wir sind alle eingesperrt. Auch du.



bezahlt werden kann, weiß das NSA exakt, was jeder einzelne Mensch wann und wo zu welchem Preis gekauft hat. Durch die Artikelnummern lässt sich in weiterer Folge sogar der Kalorienwert der gekauften Nahrungsmittel bestimmen – und durch die Verarbeitung dieser Datensätze sodann der Kalorienverbrauch für jeden einzelnen Haushalt. Haushalte mit zu hohem Kalorienverbrauch sind



EDVAC Computer, 1950er Jahre

schlagartig verdächtig. Bei einer ersten Probe auf Exempel schickt Himmler ein Suchkommando nach Amsterdam in die Prinsengracht 263, wobei die dort lebende Familie Frank verhaftet wird. Als die Protagonistin Helene begreift, wozu sie diese Programme stricken musste, ist sie wie gelähmt.

Himmler hingegen erkennt das Potential des NSA: *„Ich sehe nun, dass auch Sie hier an einer Front kämpfen, die der auf dem Felde an Bedeutung nicht nachsteht. Ja, mir scheint, die Grausamkeit und Schärfe der Daten übertrifft die des Stahls noch bei weitem.“* Während der Krieg seinen Lauf nimmt, kumuliert das NSA immer mehr Daten und Macht. Das Verbot, Datenspeicher privat zu besitzen, verbunden mit der Vorschrift – aus Sicherheitsgründen – externe Datensilos zu benutzen, ermöglicht es dem NSA, auf die privaten Daten jeder Person zuzugreifen. Auch das beliebte und international verbreitete „Tagebuch“-Programm speichert die geschriebenen Texte in einem Datensilo im Keller des NSA. Im Deutschen Forum, einem

sozialen Netzwerk auf nationaler Ebene, kann ohnehin nur kommentieren, wer im Zuge der Registrierung seine Bürgernummer zur eindeutigen Identifikation hinterlegt hat. Die jederzeit ortbaren Volkstelephone sind *„quasi Abhörgeräte, die wir selber bezahlt haben und freiwillig mit uns herumtragen“*, schildert Helene.

Durch ihre Tätigkeit im NSA kann aber auch sie auf alle gespeicherten Informationen zugreifen. Als nun eines Tages ihr Jugendfreund Arthur an der Tür klingelt, nachdem er aus der Wehrmacht desertieren und sich zu ihr durchschlagen konnte, beginnt sie ihr Wissen um die Macht des NSA einzusetzen, um ihn vor dem Staat zu verbergen. Auf dem Bauernhof einer Freundin gelingt es ihr, einen Platz für ihn zu finden, aber ihren Eltern, die zunehmend überzeugte Nationalsozialisten werden, verrät sie davon nichts. Als diese schließlich anfangen, ihre Tochter verkuppeln zu wollen, ahnen sie daher nicht, dass Helene ihr Herz bereits an Arthur vergeben hat. Um ihn zu retten, willigt sie jedoch ob der Gefahr durch ständig besser werdende NSA-Programme schließlich in eine Heirat mit einem hochrangigen SS-Offizier ein. Ihrem zukünftigen Gemahl ringt sie dafür jedoch das Versprechen ab, dass er Arthur aus dem Land schmuggle und sicherstelle, dass er ein neutrales Land erreichen werde. Tatsächlich schafft Arthur es wohlbehalten bis nach Rio de Janeiro – und auch Helene versucht daraufhin, über den Seeweg zu



*Vielleicht, sagte er sich,
gab es sowas wie unwichtige Daten überhaupt nicht.*



fliehen um zu Arthur zu gelangen. In Rotterdam wird sie jedoch beim Betreten des Schiffes jäh gestoppt. Zwar war es ihr gelungen, alle ihr bekannten Systeme des NSA zu umgehen, vom Einsatz des neuesten Programms zur Gesichtserkennung, das sie auf der Flucht am Bahnhof erfasste, hatte sie jedoch nichts gewusst.

Wenig später endet der Zweite Weltkrieg mit einem Sieg Deutschlands. Im NSA war man auf eine amerikanische Kommunikation und Unterlagen gestoßen, welche die Entwicklung einer deutschen Atombombe ermöglichten. Die neue Waffe, genannt „Thors Hammer“, wird ohne Erbarmen gegen London und Moskau eingesetzt und wirkt fortan als Druckmittel gegen alle anderen Nationen. Als Helene erfährt, dass sich Arthur wegen dieser Perspektive das Leben genommen hat, beschließt sie, ihrem Ehemann auf andere Art zu entkommen. Öffentlich und für alle Welt lesbar beleidigt sie im Deutschen Forum Adolf Hitler und kritisiert seine Politik.

Es dauert nicht lange, bis die Gestapo kommt, um Helene zu holen und sie ins Vernichtungslager Birkenau zu bringen. Den aus Verzweiflung herbeigesehnten Tod findet sie jedoch nicht. Stattdessen soll sie ein Implantat bekommen, das ihre Programmfehler im Denken behebt. *„Ich glaube nicht“*, entgegnet Helene auf den ärztlichen Vorschlag, *„dass ich das will. Nein, das will ich nicht.“* Der operierende Arzt erklärt ihr daraufhin, warum es auf

ihr „Wollen“ nicht mehr ankommt: *„Wie gesagt, da ist dieser Programmfehler in Ihrem Geist, infolgedessen Ihr Denken sich in ganz falschen Bahnen bewegt. Aus diesem Grund kann in diesem Fall keine Rolle spielen, was Sie wollen oder nicht.“*

Conclusio

Um die potentielle Gefahr einer umfassenden Datenverarbeitung durch ein totalitäres System aufzuzeigen, zieht der Autor technische Innovationen historisch vor und beschreibt, was diese in den Händen des NS-Staates bedeutet hätten. Die Namensähnlichkeit zwischen dem Nachrichtendienst *National Security Agency* und dem *Nationalen Sicherheitsamt* schlägt eine Brücke in die Gegenwart, um die längst vorhandenen Möglichkeiten, das geschilderte Grauen zu verwirklichen, zu betonen.

Dabei muss Eschbach nicht Neues erfinden: Immer mehr Daten werden heute in der sogenannten „Cloud“ gespeichert, immer mehr Staaten regulieren das Internet zunehmend, gerne auch im Kampf gegen „Hass im Netz“. Indem Innovationen dem NS-Staat zugeordnet werden, eröffnet sich dem Leser jedoch eine neue Perspektive auf diese selbst. Schlussendlich bleibt er mit der Frage zurück, welche Gefahr die eigenen Daten, die bereits vorhanden und nicht mehr löscherbar sind, in den Händen eines totalitären Staates der Zukunft bedeuten.

Jean Raspail: Das Heerlager der Heiligen

Von Malte Eikmeier



Keine andere literarische Neuauflage hat die Feuilletons im europäischen Krisenjahr 2015 so gespalten und den Blätterwald in Aufruhr versetzt wie *Das Heerlager der Heiligen*. So nannte etwa der *Tagesspiegel* das Buch – exemplarisch für die Verteidiger der genehmen Belletristik – eine „ideologisch überladene Dystopie“ und suchte seine Leser vor diesem „xenophoben und rassistischen Szenario“ zu warnen. Auch solche Kommentare trugen ihr Scherflein bei, das Buch zeitweilig auf Platz 1 der Bestsellerlisten zu befördern. Der Autor, Jean Raspail, dessen utopische und dystopische Romane schon seit den 1950er-Jahren ob ihres royalistisch-katholischen Subtextes für Aufregung sorgten, ist diesen Sommer im hochbetagten Alter von 94 Jahren gestorben.

Nehmen wir uns die Zeit und betrachten wir das Werk noch einmal nüchtern und im Nachhinein zu den emotional aufgeladenen Jahren 2015 und 2016: Das schon im Jahre 1973 erstaufgelegte Buch nimmt den Leser gleich zu Beginn mit in eine Villa an der Côte d’Azur: in die Residenz des emeritierten Literaturprofessors Calguès. Jener schaut hinab auf die ansonsten malerischen Strände zwischen Nizza und Saint-Tropez – an normalen Tagen sind sie gefüllt von gebräunten, schönen, jungen Menschen. Doch an diesem Osterwochenende fällt sein Blick auf die „*Vorhut einer anderen Welt, die an die Tore des Wohlstands pocht. An diesem Ostersonntagabend belagern achthunderttausend Lebende und Tote friedlich die Grenzen des Abendlandes.*“

Was folgt, ist eine visionäre Abrechnung Raspails mit der Elitenallianz aus Kirche, Politik, Medien und NGOs in drei Akten. Die im ersten Akt beschriebene Ab- und Irrfahrt der „Armada der letzten

Chance“ wird auch für die heutigen Granden der Zivilgesellschaft zum entlarvenden Moment. Wem kommt kein Politiker in den Sinn, wenn man Raspails „gebügelte Silberzungen“, deren Hirne bei jeder Gelegenheit „eine süße Sahne ejakulierten“, präsentiert bekommt? Das Volk wird von ihnen genauso betrogen wie durch „die große Hure der Massenmedien“. Beide suchen die drohende Gefahr herunterzuspielen, passen sich widerstandslos den neuen Gegebenheiten an und arrangieren sich. Sie predigen und fordern im Verlauf der Odyssee jener einhundert Schiffe zählenden Armada die Entstehung einer Willkommenskultur in der Bevölkerung. Mit gutem Beispiel gehen auch die kirchlichen Vertreter voran, die der Autor in Form von mitleidigen Kirchenleuten, den „Condottieri der Heiden“, und einem sich im moralinbesoffenen Rauschzustand befindenden Papst, der in einer an Selbstaufgabe erinnernden Bescheidenheit auf einem Strohthron Platz nimmt, beschreibt.



Jean Raspail schildert eine Gesellschaft, in der sich Infantilismus und Sentimentalität mit dem Ressentiment, dem Hedonismus, dem Neid und dem Herdentrieb verbinden. Zusammen mit einem maßlosen, kryptoreligiösen Utopismus wird daraus die linke Ideologie unserer Zeit, die inzwischen in jede Ritze unseres Daseins gedrungen ist. (Martin Lichtmesz)



1811. COTE D'AZUR - MENTON — Vue Générale

Menton, Cote d'Azur, Vue générale, montagne; Postkarte, 1935

Im zweiten Akt des Dramas beschäftigt sich der Autor mit der absehbaren Ankunft der „Armada der letzten Chance“ und den hierdurch ausgelösten panikartigen Reaktionen aller Seiten: etwa mit einer Regierung, die sich der Loyalität ihres Militärs nicht mehr sicher sein kann und die deshalb bestimmte Tests veranstaltet, um die „Festung Europa“ vor der näherkommenden Flotte aus hunderttausenden hungernden, kranken und verzweifelten Indern unter der Führung eines verkrüppelten Kleinkindes zu beschützen. Auf der anderen Seite verfallen Medienvertreter und die sogenannten „Eliten“, bestehend aus Musikern und Filmsternchen, in einen humanitären Rauschzustand und schließen sich

der Selbstaufgabe-Bewegung der Kirchen an, um die armen Brüder aus dem Osten mit offenen Armen zu empfangen. In der verarmten und farbigen Unterschicht Frankreichs beäugt man die nahende Ankunft mit stiller Freude. Sie sieht in ihr ein Farnal für den revolutionären Sturz des weißen Kontinents durch die neuen Ankömmlinge.

Der finale Akt bringt uns wieder zurück zu der Villa auf den Hügel an der Côte d'Azur, wo der Professor weintrinkend auf die gestrandete Flotte und die inzwischen verlassen Häuser blickt. Die ehemals ruhmreiche Armee ist vor der Flut an ausgemergelten Körpern geflohen, die an Gespenster erinnernden Massen marschieren ohne großen Wi-



Wer vermag in einer solchen Lage in seinem Herzen noch einen letzten Rest jenes geächteten Mutes aufzubringen, der ihn vor dem Ansturm des Mitleids schützen könnte? Wo soll er im Labyrinth der vorgekauften Gedanken und der vorgefertigten Gefühle noch nach Widerstandskräften suchen? (Jean Raspail)



Beaulieu , Côte d'Azur, Petite Afrique; Postkarte, 1935

derstand durch die Lande und plündern die Kornkammern und ehemals goldenen Städte des an seiner eigenen Dekadenz zugrunde gegangenen Westens. Zeitgleich steht am Amur-Fluss ein einziger sowjetischer General den chinesischen Migranten gegenüber, während in New York die Underdogs damit beginnen, sich die Wohnungen der reichen, weißen Mittelklasse zu nehmen.

In der Villa auf dem Hügel an der Côte d'Azur haben sich hingegen die letzte Vertreter der gewesenen Gesellschaft aus konservativen Mönchen, Nationalisten, Soldaten, Politikern und Adligen mit dem alten Professor verschanzt. Sie, die letzten Verteidiger des alten Westens, erwehren sich

ihres Lebens in einem mittelalterlichen Wehrdorf gegen die waffenlosen Invasoren. Bezeichnenderweise wird ihr verlorener Posten, das letzte Loch des Abendlandes, erst mit der Bombardierung durch die eigenen Leute, vertreten durch das neue Pariser Regime, beendet, während in den anderen Städten Rassenaufstände ausbrechen, denen man aber kaum einen Widerstand entgegensetzt.

Das Heerlager der Heiligen endet mit Gerüchten über weitere Flotten, die aus Indonesien und Südamerika in Richtung Europa aufgebrochen sind, um die weitere Zersetzung voranzutreiben und das alte Europa endgültig hinwegzufegen. Rien ne va plus. Das war's.

Adharas Stimme



Die AfD muss multiethnischer werden!, meinte Michael Klonovsky, vielgeschätzte Edelfeder und kommender Bundestagskandidat, vor einigen Wochen in einer Diskussionsrunde. Hier liege ein riesiges, noch nicht gehobenes Potenzial. AfD-Bundesvorstandsmitglied Joachim Paul sprang vorsichtig bei: ja, dem könne er etwas abgewinnen. Die Kontroverse war perfekt. Ein Aufschrei ließ die Flügel erzittern. Ja, dürfe es denn nicht einmal eine Partei mehr geben in deutschen Landen, die anders tickte als der Rest?

Wie so oft, entsprang die Aufregung einem kleinen, aber bedeutenden Missverständnis: Denn von stupiden *multikulturellen* Phantastereien war keineswegs die Rede, nur von einer Anerkennung der *multiethnischen* Hintergründe, mit dem unsere Gesellschaften zunehmend konfrontiert sind – und zwar im Hinblick auf die notwendige Integration – und *horribile dictu*: Assimilation – eingewanderter Menschen in das deutsche Volk. Man könnte hier den Begriff der *Leitkultur* bemühen, den wir in vergangenen Ausgaben analysierten, wäre er nicht viel zu schwach für das Gemeinte.

Hinter alledem steht freilich die Frage, ob unsere Staaten „Einwanderungsländer“ sind oder nicht. Keine Frage, normativ können wir uns nicht so verstehen: sachlich nicht aufgrund der bereits hohen Bevölkerungsdichte, emotional nicht aufgrund unseres Volkstumsanspruches. Allein, deskriptiv trifft die Bezeichnung längst zu: Masseneinwanderung

ist ein Faktum. Diese Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu versöhnen, wäre eigentlich eine Aufgabe verantwortungsvoller Politik: durch ein gewisses Nachgeben beim Anspruch allenfalls, doch wesentlich mehr durch Formung der Wirklichkeit.

Es ist nun einmal so: Wir leben in einer Zeit soziokultureller Revolutionen. Das hat es in der Geschichte immer wieder gegeben. Die letzte große technologische Umwälzung, die im 19. Jahrhundert mit der Mechanisierung begann und sich dann in Elektro- und Chemieindustrie fortsetzte, hat eine ganze Gesellschaftsordnung zuletzt hinweggefegt, mit allen destruktiven Folgen. Auch die heutige Kommunikations- und Internetrevolution wird die Welt unseren Kindern verändert hinterlassen, zum Besseren wie zum Schlechteren.

Der Konservative kann darauf nicht reagieren, indem er stur am Gewohnten klebt. Es gilt vielmehr, den eigenen Werten, auch und gerade in ihrer reaktionären Kraft, ihrer zeitkritischen Radikalität, ihrer agonalen Zielstrebigkeit, in je neuen Formen einen verjüngten Ausdruck zu verleihen. *Und wenn der Steuermann das Segeltau / Nur immer strafft und gar nicht lockern mag, / Der kentert bald und fährt kieloben weiter. (Sophokles)* Wer Stürmen widerstehen will, der muss auf ihren Wellen durch sie hindurch segeln. Wir hoffen, dass auch diese Ausgabe dazu wieder eine brauchbare Orientierung gegeben hat.

Adhara

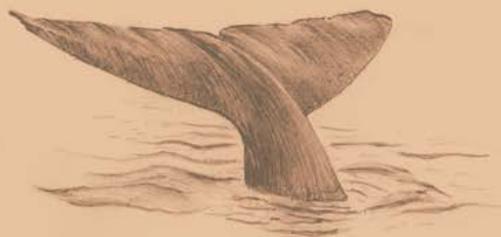
Impressum



Medieninhaber: Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee, Blütenstraße 21/1, A-4040 Linz, Tel.: 0732 736426, E-Post: verein@atterseekreis.at · Herausgeber: ParlRat. Mag. Norbert Nemeth · Redaktionelle Gestaltung: Jörg Mayer · Art Director, Bildredakteur: Prof. Dr. Gerhard Rihl

Der Attersee Report behandelt Fragen von gesellschaftlicher und politischer Bedeutung. Er ist ein Produkt des Vereins Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder und liegen in ihrer Verantwortung. Die Beiträge bewegen sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen der Meinungsfreiheit. Ausführliche Informationen zu unseren Datenschutzbestimmungen finden Sie unter atterseekreis.at/datenschutz.

Bildnachweis: Abkürzungen: (b)=bearbeitet, WiCo=Wikimedia Commons, gemeinfrei · S. 1, 3, 5, 64: Pixabay / knollzw · S. 2: WiCo · S. 4, 6-7: akg-images · S. 10: WiCo · S. 11: Ravi tt22 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Triumph_of_Peace_and_Liberty_over_Tyranny_-_Painted_Hall,_Greenwich_Hospital.jpg), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode> (b) · S. 14: akg-images / De Agostini Picture Lib. / G. Dagli Orti · S. 15: Fine Art Images - Artothek · S. 18: WiCo · S. 20: Hans Ollermann ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:KV55_sarcophagus_\(Cairo_Museum\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:KV55_sarcophagus_(Cairo_Museum).jpg)), „KV55 sarcophagus (Cairo Museum)“, <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/legalcode> · S. 21: Arktos (<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Utrechtlconoclasjm.jpg>), „Utrechtlconoclasjm“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.5/legalcode> (b) · S. 22, 23, 24, 25, 26, 27: WiCo · S. 29: Unknown author (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:C._Schmidt_et_Sons_Pre-Prohibition_sign.jpg), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode> · S. 32: WiCo · S. 33: WiCo (b) · S. 4, 34-35: WiCo · S. 36, 37: WiCo · S. 39: WiCo (b) · S. 4, 40-41: I, Daniel Schwen (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:White_House_lawn.jpg), „White House lawn“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode> · S. 44: Martin Falbisoner creator QS:P170,Q30147473 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:US_Capitol_east_side.JPG), „US Capitol east side“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode> · S. 45: Fetchcomms (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Clinton_Oval_Office_museum.jpg), „Clinton Oval Office museum“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode> (b) · S. 4, 46-47: akg-images / De Agostini Picture Library · S. 48: akg-images / De Agostini Picture Lib. / G. Dagli Orti · S. 49: WiCo · S. 50, 51: akg-images · S. 52: akg-images / De Agostini Picture Library · S. 53: WiCo · S. 4, 54-55, 56, 57: akg-images / Science Source · S. 60, 61: akg-images / arkivi · S. 62-63: Pixabay / Couleur · Illustrationen auf S. 1, 33, 39, 45, 62, 64: Büro Rihl



Atterseekreis
frei denken

www.attersee-forum.at

Österreichische Post AG
Sponsoring.Post
14Z040199 S